

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Monat zzgl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Kottbuscherdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpallige Beitzzeit 30 Pf.
Stellenangebote 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf.; Verjam-
lungsanzeigen 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 23.

Berlin, den 8. Juni 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Delegierten zum Verbandstag werden darauf aufmerksam gemacht, daß voraussichtlich der Schluß des Verbandstages nicht vor Sonnabend, den 29. Juni, eintreten wird und sie daher mit einer dementsprechenden Abwesenheit vom Wohnort rechnen müssen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist: Herru Friß Strohe, Nürnberg, Schottengasse 5, Restaurant „Schottenkloster“. In den genannten Kollegen sind alle etwaigen Wünsche wegen Abholung vom Bahnhof, Beschaffung von Logis usw. zu richten, wie die Delegierten auch aus einer Notiz an anderer Stelle in dieser Nummer erfahren können.

2. Da es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß den vom Ausland zureisenden Mitgliedern ausländischer Verbände, die mit unserem Verband in einem Gegenseitigkeitsverhältnis stehen, die Reiseunterstützung verweigert wurde, weil dieselben nur die rote Reiselegitimationskarte, nicht aber die als Unterstützungsquittung dienende rote Legitimation besaßen, bringen wir die Bestimmungen des Gegenseitigkeitsvertrages, der in Nr. 8 der „Buchb.-Ztg.“ vom 24. Februar 1906 in seinem vollen Wortlaut veröffentlicht ist, hiermit in Erinnerung.

Die für die Auszahlung der Reiseunterstützung hauptsächlich in Betracht kommenden Stellen des Vertrages lauten:

„Mitglieder, welche mindestens 26 Wochenbeiträge geleistet haben, können Reiseunterstützung beziehen, sofern sie die für sämtliche im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Verbände geltenden, vom deutschen Verband herausgegebenen Legitimationskarten vorweisen. Diese Karten dürfen nur von der in Betracht kommenden Verbandsleitung ausgefertigt sein, müssen genauen Eintrag enthalten über Dauer der Zugehörigkeit, Zahl der vor Bezug von Unterstützung geleisteten Beiträge und Höhe der bis zur Abmeldung bezogenen Unterstützung.“

In diese Karte wird die in Deutschland bezogene Unterstützung, unter Aufrechnung des bereits im Auslande bezogenen Betrages, weiter eingetragen, und zwar so lange, bis das Unterstützung beziehende Mitglied in Arbeit tritt oder die Höchstgrenze der nach der Dauer der vorhergegangenen Beitragsleistung vorgesehenen Unterstützung erreicht ist.

Die Höhe der täglichen wie der gesamten Unterstützungen ist die gleiche, wie solche entsprechend der zurückgelegten Karenzzeit den Mitgliedern des deutschen Verbandes zukommt.

Die oben bezeichneten Mitglieder der im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Verbände erhalten an der ersten in Deutschland von ihnen berührten Zahlstelle die als Reise-Unterstützungsquittung dienende Legitimation von roter Farbe.

Als im Gegenseitigkeitsverhältnis stehende Verbände des Auslandes sind nur solche anzusehen, welche in dem Adressenverzeichnis des Verbandes ausdrücklich als „Verbände im Gegenseitigkeitsverhältnis“ aufgeführt sind.

Die Auszahlung der Reiseunterstützung darf für mehr als sieben Tage auf einmal nicht erfolgen. In den einzelnen Zahlstellen darf für mehr als drei Tage Aufenthaltunterstützung nicht gezahlt werden.

Auf die vom Auslande übergetretenen Mitglieder findet in bezug auf die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Reise- bzw. Arbeitslosenunterstützung der § 22 im Statut keine Anwendung, bevor dieselben nicht eine entsprechende Karenzzeit in Deutschland zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung zurückgelegt haben.“

3. Im Anschluß hieran bringen wir den Beteiligten noch in Erinnerung, daß Mitglieder des deutschen Verbandes, die zeitweilig im Ausland waren und von dort zurückkehren, auf Grund der Auslandskarten in Deutschland keine Unterstützung beziehen sollen. Dieselben haben, sowie die deutsche Grenze überschritten ist, ihre Auslandskarte an den Verbandsvorstand, Berlin S. 59, Kottbuscherdamm 23 I, einzusenden und erhalten dann ihr Mitgliedsbuch, in das die im Ausland geleisteten Beiträge eingetragen werden.

Die Zahlung von Unterstützung an Mitglieder des deutschen Verbandes erfolgt innerhalb Deutschlands also nur auf Grund des deutschen Mitgliedsbuches und der dazu gehörigen weißen Legitimation.

Der Verbandsvorstand.
F. A. Kloth.

Die Anträge zum Verbandstag.

Der Arbeitsnachweis ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Gewerkschaften, und diesem Umstande will der Antrag 83 Rechnung tragen, indem er das Umschauen in solchen Orten, wo Arbeitsnachweise bestehen, überhaupt verbieten will, während es jetzt nach vorheriger Ermüdung beim Arbeitsnachweisleiter gestattet ist. Es hängt sehr von dem Stand und der Benutzung unserer Arbeitsnachweise ab, ob wir schon das Umschauen ganz verbieten können und nicht eventuell dadurch den Annoncenplantagen („Leoschen Anzeiger“) und den Unorganisierten einen Gefallen tun.

Bei der Besprechung der auf die Organisation Bezug habenden Anträge möchten wir nicht allzu ausführlich werden, sondern auf unseren Jahresbericht für 1906 verweisen, in dem wir in den Kapiteln: „Die Institution der Bezirksleiter“ und „Sollen örtliche Beamte seitens des Verbandes angestellt werden?“ — die einschlägigen Fragen im Zusammenhang und ziemlich erschöpfend behandelt haben. Wir gehen daher auch über den Antrag 84 hinweg und werden bei den „Allgemeinen Anträgen“ mit darauf Bezug nehmen.

Der Antrag 85 will eine Heraushebung der für die Gründung einer Zahlstelle maßgebenden Mitgliederzahl. Das will im Grunde genommen auch der Antrag 86, da es sich nicht immer als gut erwiesen hat und in der Praxis auch nicht immer danach verfahren worden ist, daß bei 10 Mitgliedern eine Zahlstelle zu errichten „ist“, also 10 Mitglieder an einem Orte die Gründung einer Zahlstelle verlangen können,

obgleich manchmal die Vorbedingungen für den Bestand einer solchen gar nicht vorhanden sind. Da soll nun durch den Antrag 86 dem Verbandsvorstand genügend Spielraum gelassen werden, um nach bestem Ermessen zu bestimmen, wann mit der Gründung einer Zahlstelle vorgegangen werden soll.

Verwaltung des Verbandes.

Der Antrag 87 hat die Anstellung eines besoldeten 2. Verbandsvorsitzenden zur Voraussetzung, womit der Titel „Verbandssekretär“ verschwinden würde. Der Antrag darf auf Ausnahme rechnen, wodurch auch der Antrag 88 erledigt wäre. Eine Vermehrung des Verbandsvorstandes von 7 auf 9 Personen will der Antrag 89. Ob das einen Vorteil für den Verband bedeutet, wollen wir dahingestellt sein lassen und uns deswegen auf die Würdigung des Für und Wider beschränken. Die Tendenz des Antrages geht auf eine Stärkung des Elements der Nichtangestellten gegenüber den besoldeten Angestellten aus, um nicht das jetzige Verhältnis — 5 unbesoldete und 2 besoldete Vorstandsmitglieder — durch Eintritt eines weiteren Besoldeten allzu sehr zu verschieben. Sind nun die Beschlüßfassungen im Verbandsvorstand irgendwie von der Eigenschaft der Vorstandsmitglieder als besoldete und nichtbesoldete beeinflusst worden? Wir meinen guten Gewissens mit „Nein“ antworten zu können, da die Gruppierung bei den verschiedenen Abstimmungen kaum einen solchen Gegenatz erkennen ließ. Im allgemeinen gewinnt eine exekutive Verwaltungskörperschaft nicht durch die erhöhte Zahl ihrer Mitglieder an Wert; im Gegenteil ergibt sich dadurch eine gewisse Schwerfälligkeit. Auch die wachsende Zahl der Vorstandsmitglieder bildet kein Argument für die Vermehrung des Verbandsvorstandes, wie wir an denjenigen Verbänden sehen, die mit Hunderttausenden von Mitgliedern zu rechnen haben. Wir geben eine kleine Zusammenstellung über die Zusammensetzung der Verbandsvorstände in einigen Verbänden:

Verband	Vorstandsmitglieder	
	Besoldete	Unbesoldete
Buchdrucker	3	4
Lithographen und Steindrucker	3	6
Graphische Hilfsarbeiter	3	4
Maler	3	4
Metallarbeiter	4	5
Holzarbeiter	5	6
Handels- u. Transportarbeiter	5	4
Schneider	4	5
Maurer	9	—

Wir haben hierbei keine Auslese gehalten, sondern in erster Linie die graphischen und dann die größeren Verbände berücksichtigt. In den anderen Verbänden dürfte das Verhältnis der unbesoldeten zu den besoldeten Vorstandsmitgliedern nicht viel anders liegen. Stärkt der Antrag 89 auf der einen Seite das nichtbesoldete Mitgliederelement im Verbandsvorstand, so mindert er dafür auf der anderen Seite den Einfluß der Gesamtkollegenschaft, der auf den Verbandstagen bei der Wahl der Vorstandsangestellten zum Ausdruck kommt. Der Antrag trägt also zweifellos die Konsequenz in sich, daß

der Einfluß der Wortzahlstelle auf die Zusammenlegung des Vorstandes in hohem Maße ausschlaggebend bleibt. Und im Vorstandsvorstand gilt eine Stimme so viel als die andere. Zudem wir noch hinzufügen, daß selbst bei der Wahl von nur 4 Beisitzern in der Wortzahlstelle die nichtangestellten Kollegen die Mehrheit im Vorstand bilden, überlassen wir die Entscheidung über den Antrag 89 dem Verbandstag.

Der Antrag 90 wird das gute mit sich bringen, daß auf dem Verbandstag die vielumstrittenen Rechte der Revisoren präzisiert werden. Den Antrag 91 werden wir beim Allgemeinen Antrag 30 mit behandeln. Durch den Antrag 92 wird insofern eine Aenderung des bisherigen Zustandes herbeigeführt, als er die Ueberwachung der Tätigkeit des Vorstandes dem Ausschuss abgenommen wissen und ihn nur noch als Beschränkungsinstanz gelten lassen will. In der Praxis ist es eigentlich schon jetzt so, da Mitglieder im Nebenamte gar nicht imstande sind, die Pflichten zu erfüllen, welche der Absatz 7 des § 39 dem Ausschuss auferlegt. Wird daher der Absatz 6 im Sinne des Antrags 92 abgeändert, muß logischerweise auch der Absatz 7 fallen. Auf die Anträge 95—97 kommen wir bei den Allgemeinen Anträgen zurück. Gegen den Antrag 98 haben wir zwar keine Bedenken, vermögen aber auch nicht einzusehen, weshalb die Gantage nicht nach Bedarf einberufen werden sollen, während wir Antrag 99 weder im ersten noch im zweiten Teil befürworten können.

Für **Zahlstellen**, die angestellter Bevollmächtigte besitzen, wird der Antrag 100 zutreffend sein. Der Antrag 101 bringt nur etwas Selbstverständliches zum Ausdruck, damit nicht bei Auflösung einer Zahlstelle der Kassenbestand für Vergütungen usw. verwandt werden kann, wie es in einem Falle beabsichtigt war und nur durch den Einspruch des Vorstandes verhindert wurde.

Betreffs „**Verbandstag**“ liegen besonders viel Anträge vor, was ebenso erklärlich als erfreulich ist, da die Wichtigkeit der Verbandstage außer allem Zweifel steht, und daher auch Anträge auf Beilegung der Verbandstage und ihr Ersatz durch Urabstimmungen von der Tagesordnung radikal verschwunden sind.

Der Antrag 102 legt nur das statutarisch fest, was in der Praxis schon geübt wurde, ist also empfehlenswert, ebenso kann dem Sinne nach Antrag 103 empfohlen werden.

Der Antrag 104 wird schon beim bevorstehenden Verbandstag seine Verwirklichung finden, indem der Vorstandsvorstand bereits einen Stenographen engagiert hat. Mit den Anträgen 105—117 betreten wir ein Gebiet, auf dem diesmal jedenfalls heisse Kämpfe ausgefochten werden, da die kleineren Zahlstellen ihre Vertretungsmöglichkeiten erweitert haben wollen und andererseits wieder unser Verband, infolge seines Charakters als ein Verband von Einzelmitgliedern, auch den Mitgliedern der großen Zahlstellen nicht das Wahlrecht gar zu sehr beschneiden darf. Sehen wir uns bei anderen Organisationen um, so finden wir bei den uns nächststehenden graphischen Verbänden folgende Wahlsysteme. Bei den Buchdruckern: Gaue bis zu 400 Mitgliedern wählen einen Delegierten, bis 800 zwei, bis 1200 drei Delegierte und so fort. Weniger als 200 überschüssige Mitglieder werden nicht gezählt. Bei den Buchdruckereind-Steindruckereihilfsarbeitern: Zahlstellen von 50—150 Mitgliedern wählen einen Delegierten, 150—300 zwei Delegierte und für je weitere 300 Mitglieder einen Delegierten mehr. Lithographen und Steindrucker: „Je 250 Mitglieder wählen einen Abgeordneten. Kleine Mitgliedschaften werden vom Hauptvorstand, unter Berücksichtigung der geographischen Lage, bis zu 250 Mitgliedern behufs gemeinschaftlicher Wahl eines Abgeordneten vereinigt.“ — Bei anderen Verbänden ist das Wahlrecht wie folgt geregelt: Maler: Auf je 250 Mitglieder ein Delegierter, auf je weitere 500 Mitglieder ein Delegierter mehr. — Metallarbeiter: Für je 1500 Mitglieder ein Delegierter, für eventuell überschüssigende 750 Mitglieder ein weiterer Delegierter. — Holz-

arbeiter: Auf je 1000 Mitglieder ein Delegierter. — Handels- und Transportarbeiter: Auf je 500 Mitglieder ein Delegierter, etwa überschüssigende 250 Mitglieder einen Delegierten mehr. Wahl-Abteilungen mit mehr als 5000 Mitgliedern können auf jede weitere 1000 Mitglieder einen weiteren Delegierten entsenden; von einer Wahl-Abteilung dürfen jedoch nicht mehr als 20 Delegierte entsandt werden. — Schneider: Je 500 Mitglieder werden von einem Delegierten vertreten, weitere 350 Mitglieder wählen ebenfalls einen Delegierten. — Maurer: 700 Mitglieder wählen einen Delegierten, 1500 zwei, je weitere 1000 Mitglieder wählen einen Delegierten mehr. — Wie man sieht, wählen drei graphische Organisationen mit Einschluß des Buchbinderverbandes nach dem reinen Proportionalssystem, während nur der Hilfsarbeiterverband den kleinen Mitgliedschaften größere Rechte einräumt. Von den übrigen angeführten sechs Verbänden lassen drei nach dem Proportionalverfahren und drei nicht danach wählen. Es fragt sich nun, ob man lediglich nach dem Grundsatz: „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ auch in der Zukunft handeln und danach die Wahlkörper nur nach der Zahl der Mitglieder einteilen darf oder ob nicht das höhere Interesse: möglichst alle Gegenden Deutschlands auf dem Verbandstag vertreten zu lassen, doch eine Berücksichtigung der dahingehenden Anträge geboten erscheinen läßt. Daß die letztere Ansicht sehr gute Gründe für sich ins Feld führen kann und selbst die Vertreter der großen Zahlstellen wünschen werden, daß die sogenannte „Provinz“ eine angemessene Vertretung auf den Verbandstagen besitzt, wird kaum zweifelhaft sein. Sicher ist, daß z. B. der Antrag 110 den jetzigen Mißstand, daß geographisch weit auseinanderliegende Gegenden zu einem Wahlbezirk zusammengeschweisst werden müssen, noch vergrößern würde. Am besten würde es wohl sein, wenn sich der Verbandstag auf ein Wahlsystem einigte, wonach jedem Gau die Möglichkeit geboten wäre, auf dem Verbandstag vertreten zu sein. Bei der Einteilung der Gaue könnte dann später auf diesen Umstand mit Rücksicht genommen werden. Die Zahl der Mitglieder würde ungeachtet dessen auch in der Zukunft bei Bildung der Wahlbezirke ausschlaggebende Bedeutung haben; zum mindesten darf das Wahlrecht der großstädtischen Kollegen nicht so eingeschränkt werden, wie es der Antrag 106 will.

Mit den vorstehenden Ausführungen wollen wir uns aber auf eine bestimmte Ansicht nicht festgelegt haben, sondern sie erst dann fassen, wenn auf dem Verbandstage Für und Wider in dieser hochwichtigen Sache genügend gewürdigt worden sind.

Auf eine besondere Besprechung der einzelnen Anträge unter 105—116 an dieser Stelle werden die Mitglieder nach dem Vorausgegangenem wohl verzichten.

Den Antrag 118 können wir empfehlen und wird ihm schon auf dem jetzigen Verbandstag entsprochen werden. Allerdings sehen wir bei unserer Empfehlung voraus, daß die Antragsteller ihren Antrag so verstanden wissen wollen, daß die bewußten Verbandsangestellten über ihre Tätigkeit Rede und Antwort zu stehen und nicht etwa neben den gedruckten Jahresberichten noch ausführliche Referate über ihre dreijährige Amtstätigkeit zu halten haben. Die Anträge 119—121 besagen im Grunde genommen dasselbe wie Antrag 118.

Daß die Aufnahme einer Berufsstatistik, nachdem die letzte durch unseren Verband im Jahre 1900 ausgeführt wurde, eine zwingende Notwendigkeit ist, wird wohl von keiner Seite bestritten werden, daß solche Aufnahmen nun gerade an fünfjährige Perioden gebunden sein sollen, können wir dagegen nicht als praktisch anerkennen.

Bezüglich der Presse liegt der Antrag 123 vor, der aber nichts bringt, was nicht schon im jetzigen Statut enthalten ist.

Der Antrag 124 bedeutet eine Erweiterung des § 63 des Statuts, im Sinne der von der Konferenz der Vertreter der Vorstandsvorstände beschlossenen Uebertrittsbedingungen von einem

Verband in den anderen, wie sie in unserem Jahresbericht 1906 auf Seite 123 bis 124 abgedruckt sind.

Die Streit- und Maßregelungsunterstützungen und die darauf bezüglichen Anträge sind in Anbetracht der intensiveren wirtschaftlichen Kämpfe von herborragender Bedeutung. Mit der Tendenz des Antrags 125 erklärten wir uns schon in der vorangehenden Besprechung einverstanden, doch dürfte entsprechend dem Antrag 63 zum Statut eine 13wöchentliche Karenzzeit zum Bezug von Streikunterstützung genügen. Die Karenzzeit aber noch niedriger anzusetzen, wie der Antrag 126 besagt, halten wir nicht für angebracht, obgleich wir uns nicht der Erkenntnis verschließen, daß, wie in anderen Verbänden, so auch bei uns Ausnahmen in bezug auf die Karenzzeit nicht immer zu vermeiden sein werden. Der letzte Absatz im Antrag 126, der eine genauere Bezeichnung des Begriffs: „einem eigenen Hausstand vorstehen“ vorsieht, ließe sich hingegen bei einer erweiterten und genaueren Fassung mit verwenden. Sowie der Staffelbeitrag, wie er in den Vorschlägen des Vorstandes enthalten ist, akzeptiert wird, dürfte wohl auch der Antrag 127 eine richtige Festsetzung der Unterstützungsätze bei Streiks mit sich bringen. Aus diesem Grunde und auch noch wegen der Höhe der Unterstützungsätze, müssen wir uns gegen den Antrag 128 erklären. Weshalb wir aber nach Antrag 129 einen Kommentar für die erste Beitragsklasse ausarbeiten sollen, vermögen wir nicht recht einzusehen. Der Tendenz des Antrages 130 pflichten wir bei.

Zum **Wahlreglement** will uns der Antrag 131 ungefähr das bescheiden, was der berichtigte Geheulentwurf betr. gewerbliche Berufsvereine bezwecken sollte. Dem wollen wir lieber nicht nachkommen. Wohl mag manches für die Tendenz des Antrages 132 sprechen, allein unsere Zustimmung vermögen wir demselben doch nicht zu geben, weil er nicht allein das passive, sondern auch das aktive Wahlrecht der Kollegen einschränkt, und sehr wohl Fälle denkbar sind, wo in schnell emporblühenden Zahlstellen sich Kollegen befinden, die Verständnis genug besitzen, um das Mandat als Delegierter ausüben zu können, ohne daß sie drei Jahre dem Verbandsangehören.

B. Allgemeine Anträge.

Die Anträge 1—4 können summarisch besprochen werden. Was die Antragsteller wollen, war im wesentlichen in unserem Entwurf zu einem Allgemeinen Tarif enthalten, den wir im Vorjahre beim Verband deutscher Buchbinderereibeirer eingebracht hatten, der aber nicht dessen Zustimmung fand. Vorläufig scheint ja auch wenig Neigung auf jener Seite vorhanden zu sein, „zur endlichen allgemeinen Durchführung des Tarifs“ mit uns Hand in Hand zu gehen. Eine schablonenhafte Einführung des oder eines Allgemeinen Tarifs überhaupt wird nicht mit einem Schläge bewirkt werden können, sondern wird sich nur etappenmäßig vollziehen, da unsere gewerblichen Verhältnisse noch zu verschiedenartig gelagert sind. Meistens dürfte bei Tarifabschlüssen nicht über 3 Jahre Gültigkeit hinausgegangen werden, aber dies nun reglementmäßig festlegen zu wollen, was Antrag 5 will, ist nicht angängig. Noch mehr als Antrag 5 spricht Antrag 6 etwas aus, was tatsächlich jetzt schon Gesetz im Verband ist. Antrag 7 ist in der vorliegenden Fassung unbrauchbar. Durch Antrag 8 sollen auch diejenigen Mitglieder, welche Werkführerposten bekleiden, mitzustimmen gezwungen werden. Dem können wir unsere Zustimmung nicht erteilen, denn der Effekt wäre die Belegung derartiger Posten in Streitzeiten ausnahmslos durch Nichtmitglieder, was nicht im Interesse des Verbandes und ebensowenig in dem unserer Mitglieder gelegen ist, die in „gehobene Stellungen“ eingerückt, sie endgültig durch die Beteiligung an einem Streik bzw. Verweigerung von Streikarbeit verlieren würden.

Obgleich die Beschränkung der Lehrlingszahl oftmals notwendig ist und die Schäden der Lehrlingszucht zwecks Ausbeutung jugend-

licher Arbeitskräfte uns nicht unbekannt sind, so halten wir doch die Herausgabe einer solchen Broschüre, wie sie Antrag 10 wünscht, nicht für angebracht, da „Schäden unseres Berufs“ mehr oder minder auch in anderen Gewerben gefunden werden und die Abschließung eines Gewerbes gegen neuen Zugang den Zufluß in anderen Gewerben befördert.

Die Anträge 11—14 sind durch die vorausgegangene Besprechung erledigt; Antrag 15 hätte eine Bedeutung, falls Staffelleistungen diesmal überhaupt abgelehnt würden. Dem entspricht aber ein Beschuß, wie ihn die letzte Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes gefaßt hat und wie er auch bei uns eventuell gefaßt werden könnte. Antrag 16 ist erledigt, während Antrag 17 nicht so uneben ist, da in Organisationen, die sowohl Arbeitslosen als auch Krankenunterstützung ausüben, eine solche Benennung ziemlich naheliegend und finanziell sogar vorteilhaft ist. Allerdings könnte es vorkommen, daß nach langer Krankheit die Unterstützungsdauer abgelaufen und dann die „Erwerbslosenunterstützung“ verweigert werden müßte wo sie am notwendigsten gebraucht würde; was bei gesonderter Kranken- und Arbeitslosenunterstützung nicht so leicht möglich wäre. Dieser Umstand dürfte im Interesse der Mitglieder schwerwiegend genug sein, um von der Annahme des Antrags 17 abzusehen.

Die Anträge 18—22 sind Wünsche, die bereits besprochen wurden. Nach einer Verschmelzung mit der Zentralratskassette dürfte es wohl nicht vielen mehr nach den Erfahrungen der Lithographen und Steinbrücker gelüsten, somit werden auch die Anträge 23 und 24 kaum eine Majorität erlangen.

Zum Antrag 24 verzichten wir hier auf weitere Ausführungen, da im Leitartikel von Nr. 11 dieses Blattes unsere Ansichten niedergelegt sind. Aus gleichem Grunde können wir auch über die Anträge 25—27 hinweggehen, während wir bezüglich der Anträge 28 und 29 auf frühere einschlägige Ausführungen verweisen.

Der Anstellung örtlicher besoldeter Bediensteter haben wir im Jahresbericht ein besonderes Kapitel gewidmet, das wir im Zusammenhang mit dem Kapitel „Die Institution der Bezirksleiter“ (Seite 108—115) der besonderen Beachtung empfehlen. Zu dieser Materie gehören die Anträge 30—43 und in den Anträgen zum Statut 84 und 91. In einem dürfte wohl der größte Teil der Mitglieder mit uns einverstanden sein, daß nicht alle in den Anträgen enthaltenen Wünsche auf Anstellung lokaler und Gaubeamten erfüllbar sind. Daß wir um Anstellung weiterer Beamten nicht herumkommen, dieser Einsicht verschließt sich der Verbandsvorstand nicht, wie Antrag 30 beweist. In demselben wird aber auch alles enthalten sein, was berechtigten Wünschen entspricht, da er in etwas anderer Form die Grundzüge in sich birgt, welche für die Anstellung der Bezirksleiter maßgebend sind. Bei dieser Frage wäre manches zu berücksichtigen, insbesondere ob nicht mehrere Zahlstellen einem solchen Angestellten unterstellt werden könnten, ob er nicht die Abrechnungen einer Durchprüfung unterwerfen, Fehler möglichst richtigstellen könnte, um sie erst dann an den Hauptkassierer einzusenden, damit dieser entlastet und weitere Anstellungen, vielleicht mit Ausnahme eines ständigen Hilfsarbeiters im Hauptbureau, vorläufig vermieden werden könnten. Bei der Besonderheit unserer Verhältnisse muß das richtige System erst ausprobiert werden, damit wir nicht Enttäuschungen erleben und unseren Verband nicht mit zu hohen Verwaltungskosten belasten. Nach diesen Grundfragen wird man die wichtige Frage weiterer Anstellungen beurteilen müssen, weshalb wir auf die Besprechung jedes einzelnen Antrages verzichten können. Eine nicht unwichtige Rolle wird hierbei die Abfindung mit den Zahlstellen spielen bezüglich der Prozente für die Lokalkasse, was wir noch abschließend bemerken wollen.

Anträge von so untergeordneter Bedeutung wie Nr. 44 sollten eigentlich nicht erst den Verbandstag beschäftigen. Nach dem Antrag 45 wird jetzt schon meistens verfahren. Wir sind

damit einverstanden, wenn der Verbandstag den Antrag 46 zum Beschluß erhebt, sehen aber andererseits auch keinen großen Nutzen dabei. Eine Kartonnagerkonferenz wird wohl, wie es Antrag 47 will, über kurz oder lang stattfinden, sobald die Statistik betr. der Kartonnagerbranche fertiggestellt sein wird. Antrag 48 ist ein Gelegenheitsantrag und hätte angeben müssen, in welcher Art sich der Verbandstag „eingehend mit der Liniiererfrage“ beschäftigen sollte. Vielleicht äußern sich Delegierte aus Orten mit einer größeren Anzahl von Liniierern dazu auf dem Verbandstage. Aber alle zwei Jahre eine Konferenz der Eisenarbeiter stattfinden zu lassen (Antrag 49), können wir nicht befürworten, denn erstens sehen wir die Notwendigkeit nur dann ein, wenn wichtige gemeinsame Interessen einer Branche eine Konferenz nützlich erscheinen lassen, und zweitens müßte das, was der einen Branche recht, der anderen billig sein, so daß wir alle zwei Jahre sämtliche Branchen zu Konferenzen zusammenberufen müßten. Das würde ein Heidenfeld kosten, aber keinen eben solchen Nutzen bringen. Eigentlich wundert es uns, daß der Antrag aus Hanau kommt, weil man gerade dort sehr erfreuliche Fortschritte gemacht hat; nicht durch Konferenzen, sondern durch intensives Arbeiten am Orte, und das ist stets die Hauptsache. Auch die Buchbinderbranche hält besondere Konferenzen nur aus dem Grunde ab, weil es sich dabei um die Einführung des vorläufig nur für Berlin, Leipzig und Stuttgart geltenden Tarifs für das übrige Deutschland handelt.

Wenn in Pforzheim, Eisenberg, Hanau usw. gleiche Erzeugnisse hergestellt würden und auch sonst die Verhältnisse zu gemeinschaftlichen Tarifen drängen, würden auch für diese Städte Tarifenkonferenzen notwendig sein. Wir haben bei dem Antrag etwas länger verweilt, weil vielfach Branchenkonferenzen überschätzt werden, wollen aber dabei nochmals betonen, daß wir an sich gegen Branchenkonferenzen nichts einzuwenden haben, sondern sie einberufen und fördern werden, wenn es notwendig ist. Antrag 50 ist zeitgemäß, würde aber einer Erweiterung bedürfen, um die Art der Zusammensetzung des Schiedsgerichts näher zu bestimmen. Den Antrag 51 wird der Verbandstag wohl dem Verbandsvorstand überweisen, dagegen den Antrag 52 ablehnen. Antrag 53 gehört zum Thema: „Vertikale Beamte“, und Antrag 54 würde bei Annahme besonders in schlecht verwalteten Zahlstellen einer unordentlichen Geschäftsführung Tür und Tor öffnen. Den Antrag 55 können wir übergehen, den Antrag 56 ebenso wenig empfehlen wie 57, da eine Erhöhung der örtlichen Prozente auf gar 25 Proz. ungefähr 32 000 Mk. für die Hauptkasse jährlich ausmachen würde. Ein Sinausgehen über 15 Proz. für die Lokalkassen ist nicht geboten, demnach wäre auch Antrag 58 hinfällig, während 59 jedenfalls berücksichtigt werden wird. Ob sich aber die Anträge 60 und 61 zur Annahme eignen, möchten wir stark bezweifeln, denn erstens erhöht das Bestehen und die Verwaltung einer Lokalkasse das Verantwortlichkeitsgefühl der Funktionäre und außerdem würde die Bewilligung oder Nachprüfung selbst der kleinsten Ausgabe für die Zahlstellen dem Verbandsvorstand viele Arbeiten aufbürden und zu vielen Streitigkeiten Veranlassung geben. Der Antrag 62 ist undiskutabel; über den Inhalt des Antrags 63 haben wir schon an anderer Stelle unsere Meinung gesagt und über die Anträge 64—66 entscheidet selbstverständlich der Verbandstag auch ohne unsere Meinungsäußerung. Weil wir schon früher unsere Ansicht über Statistiken kundgegeben, können wir die Anträge 67—70 übergehen, während Antrag 71 bei unserer nächsten Statistik vielleicht mit berücksichtigt werden könnte. Für eine Erweiterung der „Buchbinder-Zeitung“ sind wir nicht, da die Kosten ganz bedeutende sind, selbst wenn anstatt der Anträge 72 und 73 der Antrag 75, der uns noch am sympathischsten ist, angenommen würde. Man wolle nicht vergessen, daß wir bei unseren vielverzweigten Branchen schon einen guten Stab technischer Mitarbeiter haben müßten und im Grunde genommen in einer monatlichen Beilage nicht viel bieten könnten. Unsere Ge-

werkschäftspreise hat in erster Linie ganz andere Aufgaben zu erfüllen, als die technische Ausbildung ihrer Leser, obgleich wir die letztere durchaus nicht verachten. Aber sehen wir uns doch einmal um, in welchen Gewerkschaftsorganen wird die technische Fortbildung ihrer Leser gepflegt? Nur in ganz wenigen; das liegt eben in ihrem Charakter als Kampforگان begründet. Die technische Beilage der „Holzarbeiter-Zeitung“ muß von den Beziehern extra bezahlt werden. Der Antrag 76 ist ein merkwürdiger Antrag und der folgende (77) ein Ausdruck hochgepannten Branchengefühls, denn die Zeitung soll nicht nur allvierteljährlich eine Agitationsnummer für diese oder jene Branche sein, sondern allwöchentlich für alle Branchen. Daß sie diesen ihren Hauptzweck erfüllt, kann nicht zum geringsten durch die tätige Mitarbeit aller befähigten Mitglieder bewirkt werden. Wir möchten den Antrag 78: Einführung einer Sterbetafel im Verbandsorgan, dem Verbandstag anheimgen. Antrag 79 und 80 sind erledigt. Antrag 81 verdient Beachtung auch bei der Frage der Anstellung weiterer Beamter, dagegen ist Antrag 82 nicht zu empfehlen, wohl aber Antrag 83, der dem Jahresbericht des Verbandsvorstandes einen solchen des Ausschusses angefügt wissen will. Auch der Antrag 84 ist der Erwägung ebenso wert wie Antrag 85, da die Herausgabe eines Kalenders und die Beteiligung an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen seitens der Mitglieder gewiß der eingehenden Würdigung wert sind. Wenn unter der „Förderung der Bildung“ usw. Antrag 87 die Subventionierung musikalisch-literarischer Abende gedacht sein sollte, wie es schon einmal von uns verlangt wurde, so müssen wir uns ablehnend verhalten, so gern wir auch sonst ihren Wert anerkennen. Der Antrag 88 ist gewiß gut gemeint, aber schwer zu erfüllen; kann der gewollte Zweck irgend erreicht werden, so dürfte man die Kosten nicht scheuen. Was im Absatz 1 des Antrags 89 gefordert wird, ist undiskutabel und was im Schlußsatz als „Recht“ dem Verbandsvorstand zuerkannt werden soll, besteht schon. Die in den Anträgen 90—92 ausgedrückte Sympathie für lokale graphische Kartelle teilen wir durchaus und haben dies in unseren Jahresberichten zum Ausdruck gebracht. Eben solche Gefühle bringen wir dem Plan eines graphischen Kartells, direkt zwischen den Zentralorganisationen, entgegen, und an uns hat es sicher nicht gelegen, wenn der Plan noch keine greifbaren Formen angenommen hat, denn an Anregungen haben wir es nicht fehlen lassen. Es läßt sich auch das siegreiche Vordringen der Kartellierung in fast allen übrigen Industrien bestreiten, während im graphischen Beruf eher eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen ist, stark beeinflusst durch das Abstoßen aller ungelerten und weiblichen Elemente in den beiden graphischen Hauptorganisationen: der Buch- und Steinbrücker. Daß der allgemeinen und echten Solidarität aller Arbeiter und Arbeiterinnen kein Schaden erwachsen würde, wenn auch im graphischen Gewerbe eine Annäherung der Zentralorganisation stattfände und die gelerten für die nicht so widerstandsfähigen ungelerten Arbeiterklassen einträten, ist feststehend. Besonders würde ein solches solidarisches Wirken den zum Teil noch recht gering entlohnten Arbeitern und Arbeiterinnen in der Luxuspapierindustrie zugute kommen. Der Erfüllung des Antrags 93 steht nichts im Wege, ebenso wenig dem Antrag 94, während die Anträge 95 und 96 in Wirklichkeit eine Beschränkung der Wahlfreiheit der Mitglieder bedeuten. Es muß doch jedem unbenommen sein, zu wählen, wen er will, ganz gleich ob der Mann seiner Wahl Angestellter oder nicht ist. Der Antrag 97, der den Sitz des Verbandes von Berlin nach Leipzig und den Sitz des Ausschusses von Leipzig nach Stuttgart verlegt haben will, ist begreiflich. Warten wir ab, was auf dem Verbandstag zu dessen Begründung gesagt werden wird.

Damit wären wir zum Schluß der Anträge und somit auch unserer Besprechung gekommen. Hat letztere klärend und beratend gewirkt, so wäre ihr Zweck erfüllt. Wir wünschen dann nur noch, daß der Verbandstag aus der reichen Auswahl von Anträgen mit sicherem

Blick das Gute und Nichtige herausfinden möge, damit auch unter dem daraus ersprießenden, neuen Geßel der Verband blühen und gedeihen möge.
Der Verbandsvorstand.

Zum Verbandstag.

Meine Ausführungen in Nr. 9 der „Buchbinder-Zeitung“ haben einigen Widerspruch erfahren. Dieser Umstand veranlaßt mich, noch einmal das Wort zu ergreifen. Zunächst ist es Kollege F. S. in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“, welcher hauptsächlich den Staffelbeitrag ziemlich abhold zu sein scheint. Zu erster Linie sei betont, daß man sehr wohl an das ideale Gefühl der Kollegen appellieren kann, ohne sich dabei in Phantasiegebilde zu verrennen, ohne die realen Verhältnisse außer Acht zu lassen. Der „bittere“ Weigeschmack hoher Beiträge, der durch die „süße“ Wille höherer Unterstützungen schmachteter gemacht wäre, scheint doch nicht so ganz ungeheuerlich zu sein, wie Kollege F. S. dies den Lesern glaubt plausibel machen zu müssen. — Die von F. S. vorgeschlagene Klasseneinteilung in Ledige, Verheiratete mit und ohne Kinder usw. darf ruhig als absurd, als nicht durchführbar gelten, was sehr leicht zu begründen ist. Begeben wir uns auf den Weg dieser Klasseneinteilung, dann wäre die Schraube ohne Ende unausschließlich. Der Klasse der Ledigen, Verheirateten mit und ohne Kinder müßten konsequenterweise Klassen der Kollegen folgen, deren Frauen mit verdienen usw.

Kollege F. S. scheint die schiefte Ebene, auf welche wir auf Grund seiner Anregungen ohne Zweifel geraten müßten, gar nicht erkannt zu haben, sonst dürfte er seinen Vorschlag den Lesern schwerlich im Ernst vorgelegt haben. Sein Beispiel läßt deutlich erkennen, daß er ziemlich oberflächlich zu Werken gegangen sein muß. Nach F. S. verdienen ein lediger und ein verheirateter Kollege pro Woche 23 M., ein weiterer Verheirateter mit Frau und zwei Kindern 25 M. „Wer ist in diesem Falle der wirtschaftlich Stärkere?“ — Hiermit glaubt er den Vogel abgeschossen und begründet zu haben, daß die Beitragsleistung auf Grund der Lohnhöhe verkehrt sei. Wohlthätige Beispiele beweisen, zu welchen Ungeheuerlichkeiten die Bemessung der Beitragsklassen nach dem Vorschlag F. S. logischerweise führen müßte. Daß die Staffelleistung der Verbandsbeiträge die der Lokalbeiträge nach sich ziehen könnte, darf wohl als Hirngespinnst bezeichnet werden. Bei ruhigem Nachdenken dürfte F. S. im Ernst selbst nicht daran glauben. Daß der Staffelbeitrag ebenso wie der Einheitsbeitrag Rängel im Gefolge hat, wird niemand ernstlich bestreiten wollen, inwiefern es etwas ganz Vollkommenes ohne jeden Fehler noch nie gegeben hat und auch nie geben wird!

Der Artikelserie: „Die Aufgaben des Verbandstages“ seien einige Worte gewidmet. In Nr. 13 der „Buchbinder-Zeitung“, Seite 98, ist nach ausführlicher Begründung der Beitragserhöhung in bezug auf den Staffelbeitrag folgendes ausgeführt:

Und darum wird diesmal mehr als seither für den Staffelbeitrag Propaganda gemacht. Nun, diese Kasandrarufe sind noch stets durch die realen Verhältnisse widerlegt worden. Unsere Organisation hat trotz der Beitragserhöhungen ganz schöne Fortschritte gemacht und wird es wohl auch in Zukunft tun. Ein wahrhaft klassisches Beispiel für die Nichtigkeit dieser Behauptung bietet uns unsere Zahlstelle Pforzheim, die im Laufe des letzten Jahres — trotz unseres jetzigen „hohen“ Beitrages — ihren Mitgliederstand von 60 Personen auf über 400 hob. Wie überzeugt unsere dortige Zahlstellenleitung davon ist, daß auch unser „hoher“ Verbandsbeitrag nicht in der Lage sein wird, die stattliche Mitgliederzahl zu reduzieren, geht daraus hervor, daß sie die Frage des Staffelbeitrages als zum alten Eisen gehörend bezeichnete.

Hierzu sei gestattet, zu bemerken, daß es mir nicht im Traum einfallen wird, die Notwendigkeit hoher Beiträge in Abrede stellen zu wollen. Dagegen glaube ich aber betonen zu müssen, daß die Notwendigkeit hoher Beiträge den Staffelbeitrag durchaus nicht ausschließt. Der kolossale Erfolg der Zahlstelle Pforzheim ist das Produkt jahrelanger, mühevoller Agitationsarbeit. Trotzdem haben die ganz besonders günstig gelagerten Verhältnisse des vergangenen Jahres in Pforzheim eine ganz bedeutende Rolle gespielt. So günstige Voraussetzungen zu einem Riesenerfolg, wie solche in Pforzheim im Jahre 1906 gegeben waren, hat es wohl selten gegeben und wird es selten geben. Es liegt bei solchen Erfolgen, die unter so ausnahmsweise günstigen Voraussetzungen erzielt wurden, ziemlich nahe, in der begrifflichen Begeisterung die realen Verhältnisse zu überschätzen.

Zur Anstellung besoldeter Beamten sagt Allgemeiner Antrag 30 ganz deutlich, daß der Verbandsvorstand die Anstellung von Lokalbeamten ins Auge

gefaßt zu haben scheint. Dieses Verfahren ist zweifellos teufelweise angebracht. Für gewisse Landesteile jedoch kann nur die Anstellung von Bezirksleitern in Betracht kommen. Aus diesem Grunde ist wohl dringend zu empfehlen, in diesem hochwichtigen Punkt nicht etwa schablonenmäßig zu verfahren. Vielmehr müssen die tatsächlichen Verhältnisse der einzelnen Bezirke oder Landesteile ausschlaggebend sein. Es wäre beispielsweise höchst unangebracht, zu bestimmen, nur Lokalbeamte anzustellen. Man lege vielmehr fest, die Anstellung richtet sich nach den gegebenen Verhältnissen. Wo Lokalbeamte angebracht und zweckmäßig erscheinen, können Lokalbeamte, wo Bezirksleiter sich als notwendig erweisen, müssen solche angestellt werden. Den Delegierten ist obige Anregung besonders ans Herz zu legen, daß bei Festlegung diesbezüglicher Beschlüsse nicht die Schablone, sondern die Zweckmäßigkeit entscheidend sein muß.

In bezug auf die Notwendigkeit eines Bezirksleiters für Südwestdeutschland glaubt Kollege B. K. in Nr. 14 der „Buchbinder-Zeitung“ eine Lange brechen zu müssen. B. K. verucht, die Notwendigkeit eines Bezirksleiters anzuzweifeln beginnend in Abrede zu stellen, verwickelt sich dabei aber in Widersprüche. B. K. führt aus, daß die Mitgliederzahl in den letzten Jahren stark in die Höhe gegangen und die Verhältnisse sich bedeutend verbessert haben — ohne einen besoldeten Gauleiter! Nur wenige Zeilen weiter betont er: Der deutsche Südwesten wäre schon oft bereit worden, ohne daß nennenswerte Erfolge erzielt wurden.

Man muß nun in aller Bescheidenheit die Frage aufwerfen, welche dieser widersprechenden Ausführungen Anspruch auf Nichtigkeit erheben kann. Ganz entschieden ist richtig, daß der deutsche Südwesten in den letzten 7 Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat. B. K. läßt aber bei dieser seiner Behauptung vollständig außer acht, wodurch diese Erfolge erzielt wurden. Die Erfolge sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß der Zentralvorstand seinen Sitz in Stuttgart hatte. Aber auch nach der Sitzverlegung im Jahre 1904 blieben in Stuttgart noch eine Anzahl Kollegen zur Verfügung, die einigermaßen unabhängige Stellungen inne hatten und jederzeit der Provinz zur Verfügung standen. Gegenwärtig haben wir leider von der letztgenannten Kategorie so gut wie niemand mehr zur Verfügung.

Schon die Lohnbewegungen im Jahre 1905 weisen eine bedenkliche Lücke in dieser Beziehung auf. Weit stärker aber äußerte sich dieser Mangel bei den Lohnbewegungen des Jahres 1906. Man darf angesichts dieser Verhältnisse sehr wohl die Frage aufwerfen: „Wie ist dieser Mangel zu beseitigen?“ Bis dato hat sich noch niemand gefunden, der einen Vorschlag zur Verantwortung dieser Frage gemacht hätte, mit Ausnahme derjenigen, welche die Anstellung eines Bezirksleiters für diesen Landesteil erwogen haben. Man darf wohl annehmen, daß schwerlich eine zweckmäßigere Lösung dieser Frage gefunden werden kann. Hieraus ergibt sich, daß B. K. entweder die tatsächlichen Verhältnisse beim Niederschreiben seines Artikels nicht gekannt oder dieselben vollständig außer acht gelassen hat.

Da die Frage, ob Kranken-, Invaliden- oder gar keine derartige Unterstützung neben den Beiträgen zum Staffelbeitrag wohl die hauptsächlichsten Punkte sind, mit welchen der bevorstehende Verbandstag sich zu beschäftigen hat, möchte Einsender dieses seine Gedanken darüber den Verbandsmitgliedern nicht vorenthalten. Als alter Kollege, der nun genugsam die Misere der Arbeitslosigkeit und Heberflügigkeit kennt, bin ich natürlich im Interesse aller derjenigen, die voraussichtlich in kommenden Jahren ebenfalls in diese Lage kommen werden, für Invalidenunterstützung, verhehle mir aber keineswegs, daß nach dem geregelten Lauf der Dinge die Krankenunterstützung in der Einführung voranzugehen sollte. Es weiß zwar ja wohl jeder Kollege, daß wir Buchbinder eine Zentralkrankenkasse haben, die schon lange existiert, die aber nicht jeden aufnimmt und daher für einen beträchtlichen Teil der Kollegen illusorisch ist. Dies ist wohl zur Genüge bekannt, aber trotzdem ist doch zu betonen, daß an dem Vergehen der Zentralkrankenkasse für viele Verbandsmitglieder dieselben in vielen Fällen die Schuld selbst tragen. Unsere Kollegen sind wohl zum größten Teil in den Zwangsklassen und daher ist es leider bei den jüngeren derselben vielfach der Fall, daß die Zentralkrankenkasse ignoriert und erst bei Beginn des Bankens der Gesundheit oder kurz vor dem Entern, der dem Aufnahmestudenden gesetzt ist, an die Zentralkrankenkasse gedacht und um Aufnahme nachgesehen wird. Viele Verbandsmitglieder würden, wenn sie sich nach der Lehrzeit oder wenigstens in jüngerem Alter zur Aufnahme gemeldet hätten, jedenfalls aufgenommen worden sein und dadurch würde eine Verbandskrankenkasse weniger notwendig sein, als

dies unter den jetzigen Umständen der Fall ist. Unsere Zentralkasse muß eben wie alle anderen Unterstützungsrichtungen nach kapitalistischen Grundfragen verwaltet werden. Einnahme und Ausgabe müssen in richtigem Verhältnis stehen, soll eine solche Einrichtung prosperieren oder es müssen die Beiträge in einer solchen Höhe angesetzt werden, daß es für eine freiwillige Kasse sehr schwer, ja beinahe unmöglich wäre, Mitglieder zu gewinnen, weil eine derartige Kasse nicht zugleich den gesetzlichen Bestimmungen unterliegt. Einsender dieses hat deshalb nie mit einstimmen können, wenn das Verhalten der Verwaltung der Zentralkrankenkasse bei Aufnahmen die Billigung der Verbandskollegen nicht gefunden hat. Andererseits kann ich mir aber doch nicht versagen, die Verbandsmitglieder, welche Mitglieder der Zentralkrankenkasse sind, und besonders diejenigen, welche derselben schon jahrelang angehören, darauf hinzuweisen, daß mit Einführung einer Verbandskrankenkasse ihre eigene Schöpfung aus naheliegenden Gründen dem Untergang zugeführt wird. Mit Einführung dieser Unterstützung wäre auch ein beträchtlicher Teil, besonders der älteren Kollegen, hauptsächlich in den großen Städten, 3—4 mal gegen Krankheit versichert, und ohne Obligatorium kann ich mir keine Versicherung im Verband denken.

Ueber die Beiträge will ich nichts bemerken, weil mir jede Unterlage fehlt, aber das Beispiel, welches uns die Arbeiterinnen-Krankenunterstützung bietet, ist nicht sehr aufmunternd für diese Unterstützungsart. Es wird wohl ohne ziemlich hohen Beitrag nicht abgehen, wozu aber die Kollegen jedenfalls keine große Lust haben, was schon das Resultat der Urabstimmung betreffs der Invalidenunterstützung zur Genüge ausweist. Ich verhehle mir durchaus nicht, daß die Krankenunterstützung im Verband bedeutend agitatorischer wirkt als die Invalidenunterstützung. Es müssen also in diesen Fragen unbedingt zwei Parteien sein, denn den Zentralkrankenkassenmitgliedern kann es doch auch nicht gleichgültig sein, ob ihre Kasse zugrunde gerichtet wird oder nicht. Es gehört schon ein gut Teil Idealismus dazu, um in diesen Fragen die richtige Lösung zu finden und die alten wie die jungen Verbandsmitglieder aufzureden zu stellen. Mein Wunsch und meine Ansicht wäre die, daß es uns möglich sein sollte, beide Unterstützungsarten gleichzeitig einzuführen, bei einem Beitrag von circa einer Mark pro Woche und die ganzen Beiträge als Verbandsbeiträge zu berechnen, dann kämen wir nicht in die Verlegenheit, daß vielleicht gegebenenfalls kein Geld zur Auszahlung der Unterstützung vorhanden wäre. Der Staffelbeitrag könnte deswegen doch eingeführt werden, nur müßte natürlich dann in erhöhtem Maße von seiten der Verbandsleitung darauf gesehen werden, daß der Verband vor neuen Streiks, Aussperrungen und dergl. verschont bleibt.

Es ist keine leichte Aufgabe, die unsere Vertreter in Nürnberg zu lösen haben und wünscht Einsender dieses, die Lösung möge erfolgen zum Heil und Nutzen des Verbandes sowie des einzelnen, damit auch dieser Verbandstag wieder ein Meilenstein sein möge, von dem aus unser Verband zu immer größerer Bedeutung und Stärke kommen möge, und das Wachstum des Verbandes sich nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe ausbreiten und nicht nur durch neue Einrichtungen, sondern auch durch Solidarität die Mitglieder an denselben gebunden, die Idee der Zusammengehörigkeit gepflegt, damit auch bei uns das Wort seine Erfüllung finde:

Einer für alle, alle für einen!
 R. Schl.

Bericht vom Goutag des Gaues 1.
 abgehalten am 26. Mai 1907 in Brandenburg.

Anwesend sind folgende Delegierte: Klar, Ruchs, Lippoldt, Gerber, Berlin; Noak, Ruhe, Ludenwalde; Stübing, Bufe, Rathenow; Faber, Brandenburg; Lange, Potsdam; Taub, Rottbus; Niemeier, Frankfurt a. O.; Mein, Fimterwalde; Bacht, Neukuppin; Wigger, Bernau; Guhr, Guben; Raftner, Gartz; Strich, Spremberg; Milz, Possen. Vom Gauvorstand sind anwesend: Lemser, Schade und Petermann.

Kollege Lemser eröffnet den Goutag und begrüßt herzlich die Delegierten. Dieser Goutag ist von ziemlicher Bedeutung, da er kurz vor dem Verbandstage stattfindet. Die Kollegen der einzelnen Orte sind dadurch in der Lage, auf dem Goutage über die Verbandstagsanträge zu beraten und ihren Delegierten nach Nürnberg gewisse Anhaltspunkte zu geben.

Der Gauvorstand hat Brandenburg als Tagungsort gewählt, um dadurch agitatorisch auf die fast allezeit Zahlstelle einwirken zu können.

Gewählt werden als 1. Vorsitzender Klar-Berlin, 2. Vorsitzender Faber-Brandenburg, Schrift-

führer Lippoldt und Gerber-Berlin, Stübning Führer der Rednerliste.

Die Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht des Gauvorstandes und Kassenbericht. 2. Berichte der Zahlstellen und Einzelmitglieder. 3. Lohnbewegung und Agitation. 4. Unser Verbandstag. 5. Anträge und Verschiedenes. Folgende Anträge liegen vor: Anträge des Gauvorstandes: 1. Anträge, welche noch zur Beratung auf die Tagesordnung des Gautages gestellt werden sollen, müssen von mindestens drei Delegierten unterstützt werden. 2. Der jeweilige Gautag bestimmt den Ort für den nächsten ordentlichen Gautag. 3. Der Gauvorstand ist berechtigt, Konferenzen der Zahlstellen-Vorstände einzuberufen, wenn solches im Interesse des Verbandes geboten erscheint. 4. In Orten, in welchen die Agitation unter den Berufsangehörigen besonders schwer fällt, kann der Gauvorstand dem betreffenden Ortsvertrauensmann eine Entschädigung zubilligen, die jedoch 3 Mk. pro Vierteljahr nicht übersteigen darf. 5. Der Gauvorstand ist berechtigt, an in Not geratene Einzelmitglieder einmalige Unterstützungen aus der Kassa zu bewilligen.

Kottbus: Die Zahlstelle wünscht darüber eine Aussprache, ob es angebracht ist, daß verloren gegangene Marken, obgleich vom Kassierer nachgewiesen werden kann, daß dieselben bezahlt worden sind, nochmal bezahlt werden müssen. —

Lemjer erstattet den Bericht des Gauvorstandes. Er weist auf den vorliegenden Jahresbericht 1905 und 1906 hin. 1905 liegt gedruckt vor und es eribrigt sich, näher auf denselben einzugehen. Krüger, der sein Amt als Gauvorstandsmitglied wegen Zeitmangel niederlegte, wurde durch den Kollegen Petermann ersetzt. Der Gauvorstand hielt 40 Sitzungen ab; an Posteingängen sind zu verzeichnen 635 Sachen, an Ausgängen 802 ohne Zeitungen. Verbindung hatte der Gauvorstand Anfang 1906 mit 31 Orten, Ende 1906 mit 35 Orten. 1905 waren 96 Einzelmitglieder vorhanden, 1906: 64. Die Abnahme entstand durch die Gründung der Zahlstellen Potsdam und Kottbus. Im Jahre 1906 war der Gauvorstand oft verhindert, seine ganze Kraft dem Gau zu widmen, weil die einzelnen Vorstandsmitglieder an der Leitung der Buchbinder-Aussperrung im vorigen Jahre beteiligt waren. Trotzdem wird alles, was irgend möglich ist, für den Gau getan. Nach Ludenwalde, Mathenow, Brandenburg, Potsdam, Kottbus, Jossen, Bernau, Guben, Sorau, Spremberg und Frankfurt wurde der Gauvorstand verlangt. In Jossen wollten die Kollegen und Kolleginnen eine Zahlstelle gründen; jedoch wurde, da sich nur ein Betrieb am Ort befindet, die Gründung abgelehnt. Ebenfalls in Frankfurt a. O., weil die Organisationsverhältnisse zu ungünstig waren.

Die Extrasteuer, die vom Verbandsvorstande im vorigen Jahre ausgeschrieben wurde, hat speziell Brandenburg einen Verlust an Mitgliedern gebracht.

Die Anträge, die vom letzten Gautage dem Gauvorstande überwiesen wurden, konnte derselbe nicht zur Ausführung bringen. Der Antrag Rathenow, Kontrollkarten herauszugeben, scheiterte an den zu hohen Kosten. Der Antrag Kottbus, Abhaltung einer Spreewaldpartie, konnte nicht ausgeführt werden, weil die Beteiligung sehr gering war. Es wurde jedoch ein Ganusaßflug nach Potsdam veranstaltet, an welchem sich viele Kollegen beteiligten. Der Antrag Wriedner, eine Statistik über das Hof- und Logiswesen aufzunehmen, konnte wegen zu geringer Beantwortung der Fragebogen nicht ausgeführt werden. Von 28 Fragebogen, die zur Verjendung gelangten, wurden nur 7 beantwortet. Die Statistik erscheint aber später. Am Jahresabschluss haben die Orte Brandenburg, Finsterwalde, Ludenwalde, Potsdam-Nowawes, Rathenow, Bernau, Kalau, Forst, Frankfurt a. O., Guben, Königs-Wusterhausen, Landsberg, Neu-Müppin, Dramen-burg, Bregenzau, Spremberg, Jossen und Kottbus Berichtsbogen eingesandt. Berichte haben nicht eingesandt die Orte: Spandau, Schwiebus, Sorau, Behn, Dahme, Fürstenwalde, Neudamm, Berleberg, Rheinsberg, Schwedt, Kirchhain, Sommerfeld, Beckow, Friedeberg, Angermünde, Trebbin, Treuenbrieken, Driesen, Werder, Mittenwalde und Ludau.

Berlin zählt 6044 Mitglieder, weist also ein Plus von 573 auf. Lemjer erläutert die Reise in Berlin und die darauf folgende Aussperrung. Auch die Provinz wurde hierdurch sehr in Mitleidenschaft gezogen. In Forst gelang es, Streikarbeit zurückzuweisen. Der Zug nach Berlin ist ein großer. Die Kollegen der Provinz sollten mehr auf die Befanntmachungen der Zahlstelle Berlin achten und durch das Zurückbleiben die Arbeitslosigkeit nicht noch vermehren.

Ludenwalde hat annähernd 200 Mitglieder und ist es den dortigen Kollegen gelungen, sich einen Tarif zu schaffen und eine halbstündige

Arbeitszeitverkürzung ohne Arbeitsniederlegung zu erreichen.

Rathenow verlangte wiederholt die Anwesenheit des Gauvorstandes.

Brandenburg ist das Schmerzenskind des Gauvorstandes. Durch die Einführung der Extrasteuer ging die Zahlstelle von 91 auf 28 Mitglieder zurück. Der Gauvorstand sandte der Zahlstelle Brandenburg einen Referenten. Die Kollegen dajelbst hielten dies jedoch nicht für notwendig.

Mit Potsdam kann der Gauvorstand ebenfalls nicht zufrieden sein. Schon der frühere Vorsitzende hat es an der nötigen Agitation fehlen lassen. Die Löhne sind allgemein in Potsdam in die Höhe gegangen. In Kottbus sind vor 230 Berufsangehörigen 14 organisiert. Ein Großbetrieb mit circa 100 beschäftigten Personen ist der Gemenschuß der Organisation, und ist es leider nicht gelungen, dort Eingang zu finden. Finsterwalde blüht wie ein Weizen im Verborgenen. Von 9 Organisierten ist die Zahlstelle auf 3 gesunken und demzufolge auch aufgelöst worden. Die Gleichgültigkeit der Kollegen ist erschreckend. In Bernau und Königs-Wusterhausen sind durch die Tarifbewegung der Buchdrucker auch Vorteile für unsere Kollegen herausgequungen. In Guben und Forst sind die Verhältnisse günstig. In Spremberg kam es 1906 zur Arbeitsniederlegung. Es war den Kollegen gelungen, die Berufsangehörigen der Kassenblockfabrik alle zu organisieren. Eine Arbeitsordnung, die gegen die guten Sitten verstieß, sollte zur Einführung gebracht werden. Die Arbeitsniederlegung erfolgte trotz Moratoriums des Gauvorstandes. Der Streik mußte nach 8 Wochen erfolglos abgebrochen werden. In Jossen sind die Verhältnisse gute, in Sorau und Frankfurt a. O. ungünstige.

In 17 Orten sind ungefähr 129 Betriebe, darunter 71 Buchbindereien, 29 Buchdruckereien, 5 Steindruckereien, 13 Etuisfabriken und 4 Kartonfabriken. Beschäftigt sind ungefähr 1200 Berufsangehörige, davon sind organisiert 246 männliche und 140 weibliche.

Den Kassenbericht gibt Kollege Lemjer. Die Einnahmen betragen 1905 1965,09 Mk., die Ausgaben 1883,17 Mk. Die Einnahmen betragen im Jahre 1906 2589,27 Mk., die Ausgaben 2551,62 Mk.

Die Kassa hatte im Jahre 1905 eine Einnahme inklusive Bestand von 937,32 Mk., die Ausgabe betrug 630,35 Mk. Die Einnahme 1906 betrug inkl. Bestand 841,24 Mk., die Ausgabe 341,24 Mk. Auf Listen wurden 175,75 Mk. gesammelt.

Zur Neubildung des Kassenberichts werden die Kollegen Kühle-Ludenwalde, Taudt-Kottbus und Rein-Finsterwalde bestimmt.

Bericht von Brandenburg gibt Faber. Die Mitgliederzahl von Brandenburg beträgt 18 männliche und 10 weibliche. Der Lohn beträgt für männliche Personen 19 bis 27 Mk., für weibliche 6 bis 9,50 Mk. 1905 traten die Kollegen in eine Lohnbewegung ein und erreichten dadurch in der Neuroder Kunstanstalt die Bezahlung der Feiertage. Die Kolleginnen sind sehr schwer zu organisieren.

Klar-Berlin gibt keinen offiziellen Bericht, da den Delegierten der Bericht gedruckt vorliegt. Die Verschmelzung der Vororte mit Berlin machte sich notwendig, um den ewigen Grenzstreitigkeiten aus dem Wege zu gehen. Die Aussperrung in Berlin wäre gekommen, auch wenn der 1. Mai nicht gefeiert worden wäre. Die Unternehmer wollten eben die Organisation vernichten, daß dieses nicht gelungen ist, ist der Einigkeit der Kollegen zuzuschreiben.

Lang-Potsdam bedauert den Kassengeist, der in der Reichshauptstadt herrscht. Der christliche Verband für alle Bezirke am Ort erschwert die Agitation ungemein. Die Lohnverhältnisse sind schlecht. Der Lohn schwankt zwischen 12 und 22 Mk.

Koat-Ludenwalde: Kollege Sailer, der lang-jährige Vorsitzende, mußte seines Amtes entbunden werden. Der Beschluß, den 1. Mai zu feiern, wurde in den Jahren 1905 und 1906 streng zur Durchführung gebracht. Die Lohnbewegung vor kurzer Zeit hat eine 15prozentige Lohnerhöhung und eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung zur Folge gehabt.

Stübning-Rathenow: In Rathenow sind nur Etuisarbeiter. Der Zug von den Dörfern ist sehr stark. Die Heimarbeit steht in voller Blüte. Ein Tarif der Arbeitgeber gelangte nicht zur Annahme. Arbeitszeit 10 Stunden.

Taudt-Kottbus: In Kottbus sind die Verhältnisse ziemlich ungünstig, da sehr viel Hilfsarbeiter beschäftigt werden. Der Lohn ist sehr minimal.

(Schluß folgt.)

Bericht vom außerordentlichen Gautag des 10. Ganes.

Abgehalten am 26. Mai 1907 zu Elberfeld.

Am 11¼ Uhr wurde der im Saal 1 des „Volks-haus“ stattfindende Gautag durch den Bezirksleiter Kollegen Groenhoff eröffnet. Nach den Begrüßungsworten des Kollegen Groenhoff wird die Mandatprüfungs-kommission, bestehend aus den Kollegen Hallepape, Peus und Drenhausen gewählt. Die Wahl des Bureaus ergibt: Verhandlungsleiter Groenhoff, Stellvertreter Quefelleit-Dagen, Schriftführer Schaab und Bergmann-Elberfeld.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

- I. Stellungnahme zum Verbandstag:
 1. Invalidenunterstützung;
 2. Staffelleitrag;
 3. Beitrag und Krankenunterstützung.
- II. Gauangelegenheiten.
- III. Verschiedenes.

Hierauf berichtet Hallepape namens der Mandatprüfungs-kommission, daß aus 20 Orten 27 Delegierte anwesend seien, und zwar aus Aachen: Oppermann, Barmen: Grefrath, Bochum: Moh, Bonn: Süß, Bielefeld: Hornmann, Dortmund: Klement, Düren im Rhld.: Kreuz, Düsseldorf: Meyer und Radaß, Duisburg-Auhorst: Heise, Elberfeld: Schaab, Hallepape und Peus; Essen a. d. R.: Dittmar und Hiltrop, Gelsenkirchen: Adernann, Gagen i. W.: Quefelleit, Köln: Köhler, Koblenz: Hausmann, Krefeld: Bauer, Kisters und Busch, Lüdenscheld: Pfaff, Mülheim-Oberhausen: Schmitz, Solingen-Wald: Bruns und Kanfers, Jserlohn: Sivritts.

Ohne Mandat waren Heise-Duisburg, Hausmann-Koblenz und Sivritts-Jserlohn. Heise versichert, daß er zweimal versucht habe, eine Versammlung zustande zu bringen, was ihm jedoch nicht geglückt sei. Hierauf sei er ohne Mandat gefahren. Man beschließt, das Mandat für gültig zu erklären. Desgleichen auf Vorschlag Groenhoff die Vertretung der Zahlstelle Koblenz und der 20 Mitglieder starken Einzelmitgliedschaft Jserlohn. Die Zahlstelle Essen hat zwei Delegierte entsandt, trotzdem ihr nur einer anwesend. Es erfolgt hier eine Einigung, indem Hiltrop die Vertretung der Zahlstelle Essen übernimmt.

Vom Gauvorstand sind anwesend Bezirksleiter Groenhoff, sowie die Gauvorstandsmitglieder Bergmann und Drenhausen.

Mannehr wird nach einem Wortwort Groenhoffs in die eigentliche Tagesordnung eingetreten und ergibt es sich, daß unter den gegebenen Umständen fast sämtliche Redner Gegner der Invalidenunterstützung sind.

Hornmann schildert einige Bielefelder Fälle und appelliert an den Idealismus für Einführung der Invalidenunterstützung. Desgleichen Moh. Gegen die Einführung sind Bauer, Meyer, Quefelleit, Bruns sowie Heise. Sie erklären, daß das Arbeitsverhältnis ein solches sei, daß an die Einführung der Invalidenunterstützung nicht gedacht werden könne. Auch sei es kein Agitationsmittel. Besonders Heise betont den Kampfcharakter des Verbandes und bezweifelt die finanzielle Durchführbarkeit. Hier gelangt ein Antrag auf Schluß der Debatte zur Annahme, weshalb man sich der Staffelleitragfrage zuwendet. Die einsehende Diskussion gestaltet sich außer lebhaft, indem sich fast alle Delegierte an der Debatte beteiligen. Ganz besonders wendet man sich gegen zu große Staffellung aus verwaltungstechnischen Gründen, indem man darauf hinweist, daß es schon jetzt schwer sei, an manchen Orten geeignete Kassen-bevollmächtigte zu finden, und wenn dann in Zukunft die Kassenführung noch komplizierter werden soll, indem außer den 4 Beitragsklassen noch eine Klassifizierung der Unterstützungen eintritt, so bedeutet das eine sehr große Gefahr für die ordnungsgemäße Erledigung der Kassengeschäfte.

Am 1 Uhr wird beschlossen, in eine einstündige Mittagspause einzutreten.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird folgende Resolution eingebracht:

„Die Delegierten des Ganes X sind gehalten, wenn anders sie nicht durch die Beratungen des Verbandstages zu einer besseren Überzeugung gelangen, für den Antrag Nr. 19 (Düsseldorf) zu stimmen und sich gleichzeitig gegen eine entsprechende Staffellung der Unterstützungen zu wenden.“

Zur Grundlage der Staffelleiträge werden die jeweiligen örtlichen Minimallohne genommen.“

St. Heise. Nach einem Antrag auf Schluß der Debatte wird die Resolution Heise abgelehnt. Ein Antrag Schaab, den Frankfurt-Offenbacher Antrag zu unterstützen mit der Maßgabe, daß Hilfsarbeiter unter 18 Jahren der 1. Beitragsklasse angeschlossen werden, konnte nicht mehr zur Abstimmung gelangen, da der Antrag erst nach Schluß der Debatte eingelaufen

und gegen die Zulassung Protest erhoben war. Die prinzipielle Abstimmung, ob Einheits- oder Staffelleibtrag, war eine namentliche und ergab die Ablehnung des Staffelleibtrages mit großer Mehrheit. Für Staffelleibtrag stimmten: Moh, Kreuz, Nadaß, Meyer, Heise, Schaab und Hausmann, dagegen: Oppermann, Grefrath, Süß, Hornmann, Clement, Hallepape, Peus, Giltrop, Adermann, Dueseleit, Köhler, Bauer, Kitzers, Busch, Pfaff, Schmitz, Manfers, Bruns und Sivritts.

Größere Einheitlichkeit der Meinungen herrschte beim Punkt „Beitrag und Krankenunterstützung“. Man erledigte beide Punkte zusammen, da doch Notgedrungen der Beitrag entsprechend den Unterstüßungen festgesetzt werden müsse. Trotz der fast unerträglichen Schwüle setzte auch hier die Diskussion lebhaft ein, so daß sich gerade dieser Punkt äußerst interessant gestaltete.

Während es sich bei den meisten Rednern nur um die Frage, ob Erwerbslosen- oder Krankenunterstützung handelte, ist Hornmann-Wielefeld der Meinung, daß es für uns gar nicht möglich sei, eine gute Krankenunterstützung einzuführen, weil bei der hohen Zahl der Krankheitsstage unserer Kollegen die Beiträge so hohe sein müßten, daß sie nicht mehr agitatorisch wirken könnte. Dem widerspricht Bruns, indem er auf Grund des Solinger Ortsstatuts der Metallarbeiter nachzuweisen versucht, daß nach dem Entwurf des Verbandsvorstandes wohl kaum mehr als 20 000 Mk. bei unserer Mitgliederzahl gebraucht würden, während bei einem Beitrag von 55 Pf. mindestens 50 000 Mk. Mehreinnahme aufgebracht würden. Nadaß, Köhler und Giltrop halten einen Beitrag von mindestens 60 Pf. für nötig, um diese Unterstüßungen einzuführen. Da verschiedene Redner glaubten, daß der Einheitsbeitrag nicht mehr als 55 Pf. betragen dürfe, bemerkt Bauer, daß in Krefeld selbst bei 60 Pf. Beitrag kein Kollege abspringen würde.

Von den nunmehr zur Abstimmung gelangenden 5 Anträgen erhält der Antrag Bruns die Mehrheit:

„Der Gautag erklärt sich für eine Krankenunterstützung im Sinne des Antrages 69 des Verbandsvorstandes und spricht sich für einen Einheitsbeitrag von 55 Pf. aus.“ Bruns.

Alsdann verbreitet sich Dueseleit über die Aenderung des § 57 auf Grund des Hagener Antrages. Oppermann und Hornmann schließen sich ihm an, während Schaab und Clement das demokratische Prinzip gewahrt wissen wollen und für Beibehaltung der jetzigen Fassung eintreten. Nach Annahme eines Schlusstrages erhält Hausmann-Koblenz das Wort zur Begründung des Antrages 51 der allgemeinen Anträge. Redner befragt den Antrag unter Hinweis auf die geographische Lage der Landesteile, indem die Interessen dieser Gegenden mehr nach dem Gebiet des Gau X hinneigen als nach Mannheim. Zudem scheint Kollege Recht daselbst zu sehr mit Arbeit überhäuft zu sein, so daß man in Koblenz glaube, daß diese Gegenden besser durch den Bezirksleiter Groenhoff vertreten würden und derselbe ja auch schon in diesen Bezirken agitatorisch tätig gewesen sei. Groenhoff will zwar keine Grenzstreitigkeiten, glaubt aber doch aus vorgenannten Gründen, daß diese Gegenden besser durch ihn vertreten würden. Er wendet sich dabei an den Vertreter Wielefelds mit der Frage, wie sich der übrigbleibende, nicht zum Gau X gehörende Teil Rheinlands-Westfalens zu der Sache stelle. Hierauf erwidert Hornmann, daß sie in Wielefeld hierzu noch keine Stellung genommen hätten, und verweist er dann noch auf die neugegründete Zahlstelle Herford. Nadaß bittet, nach Kenntnisnahme der Sache zur Tagesordnung überzugehen.

Hierauf werden die Kandidaten zum Verbandstag für den Gau X verlesen. Es sind vorgeschlagen im 11. Bezirk (Wielefeld): Wehrmann, Dueseleit, Süß und Casch; 12. Bezirk (Eberfeld): Schaab und Bruns; 13. Bezirk (Krefeld): Meyer, Zimmermann und Bauer.

Beim Punkt Gauangelegenheiten wünschen Giltrop, Dueseleit, Bauer und Moh nach dem Verbandstag noch einen ordentlichen Gautag, während Bergmann wünscht, daß in Zukunft die außerordentlichen Gautage vor dem Verbandstag zu ordentlichen Gautagen werden mögen. Sivritts beantragt, den nächsten Gautag in Hagen stattfinden zu lassen. Ein anderer Antrag bezweckt, die Reihenfolge nach dem Alphabet zu bestimmen. Groenhoff äußert sich dahin, daß die billigsten Gautage in Eberfeld abgehalten werden können, weil da der Gauvorstand nicht delegiert zu werden braucht, während andererseits der Gautag für die Kollegen des Tagungsortes immer aufwendend wirke. Man beschließt sodann, daß der Ort der nächsten Tagung vom Gauvorstand bestimmt werde.

Unter „Verschiedenes“ beantragt Arme die bessere Ausbattung des Arbeitsnachweises. Auch dieser Antrag wird dem Gauvorstand überwiesen.

Die Kosten des Gautages sowie die Vertretung Jserlohns sollen durch Umlage gedeckt werden.

Grefrath klagt über die Zurücksetzung der Zahlstelle Barmen beim Abschluß des vorjährigen Tarifvertrages, was jedoch durch Groenhoff und Schaab zurückgewiesen wird, da doch bei jeder Lohnbewegung eine Skatifikation nötig ist, die in Barmen gefehlt habe.

Dueseleit bringt Jserlohner Verhältnisse zur Sprache, auf die Groenhoff die nötige Aufklärung gibt.

Süß verbreitet sich über den Gauausflug nach Bonn und ersucht, für eine zahlreiche Beteiligung wirken zu wollen.

Nach einem Schlusßwort Groenhoffs, wonach die Delegierten das Gesehrte zum Besten des Verbandes den Zahlstellen zur Kenntnis bringen und vor allen Dingen für eine bessere Führung der Kassengeschäfte eintreten sollen, erfolgt um 6 Uhr der Schluß des Gautages mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband.

Die Schriftführer.

Joseph Schaab. Karl Bergmann.

Korrespondenzen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: R. Briester u. Co., Lurnspapier- und Zelluloidwarenfabrik in Berlin und G. Wolfenberger in Zürich.

Gesperrt sind: für Buchbinder die Sektionen Genf, Lausanne, Neuenburg (Neuchâtel), Chaux de Fonds und Locle des schweizerischen Buchbinderverbandes; für Etuisarbeiter: Wien.

An alle unsere Mitglieder richten wir die dringende Aufforderung, vor jedem Stellungswechsel sich bei den örtlichen Bevollmächtigten nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Plätzen zu erkundigen. Nur dadurch wird es möglich sein, die allerorts bestehenden Lohnvereinbarungen striktstens einzuhalten. Keiner verläumde diese seine Pflicht, sondern stärke durch strengste Beachtung dieser die Position unseres Verbandes.

Rathenow. Bei der Firma Rödöding in Rathenow wurden 4 Kollegen gekündigt. Wir ersuchen, vor Stellenannahme nach Rathenow beim örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung einzuholen.

Warnung vor Engagement nach dem Ausland. Nicht einbringlich genug kann unsere Kollegenchaft vor Stellenangeboten aus dem Ausland gewarnt werden. Durch verlockend aussehende Kontrakte ist schon mancher verführt worden, die Heimat zu verlassen, um an den Fluten des Nils oder sonstwo sein Glück zu versuchen. Doch in vielen Fällen hat sich das vermeintlich glänzende Engagement dann in eine unerträgliche Fessel verwandelt, und im Gebrauchsfall erweisen sich die meistens auf Jahre hinaus abgeschlossene Kontrakte als rechtswirksam. Vor Abschließen von Auslandsengagements überzeuge man sich stets von der Rechtsgültigkeit des Kontraktes und ziehe dabei einen gefestigten Mann (Rechtsanwalt, Arbeiterssekretär usw.) zu Rate. Nur dann ist es möglich sich vor oftmals empfindlichen Schäden zu schützen.

Gauuover. Am Sonnabend, den 25. Mai, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sich mit der Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag, sowie mit der Beratung der gestellten Anträge befaßte. Zum Punkt I der Tagesordnung teilte Studienbrod mit, daß unsere Zahlstelle berechtigt ist, zwei Delegierte zu wählen. Es wurden hierauf die Kollegen Studienbrod, Greve, Goppert, Sartmann und Kornacker vorgeschlagen. Zum Punkt II macht Kollege Studienbrod den Vorschlag, die Beitrags- und Unterstüßungsfrage bei der Beratung der Anträge auszuschalten, da diese beiden Fragen auf dem Verbandstage voraussichtlich von einer Kommission erledigt werden. Tschner hält es für angebracht, daß die Versammlung zu der Staffelleibtragsfrage Stellung nimmt. In der sich anschließenden Diskussion vertrat fast alle Redner die Ansicht, daß wir ohne den Staffelleibtrag nicht mehr auskommen können. Nachdem die Versammlung zu den Anträgen zum Statut Stellung genommen hat, findet ein Antrag Annahme, die Beratung der allgemeinen Anträge in der Versammlung am 7. Juni vorzunehmen.

Zu Verschiedenes teilt Studienbrod mit, daß er sich mit einer größeren Kohlenhandlung zwecks Erreichung billigerer Kohlenpreise in Verbindung gesetzt habe und gibt er das Resultat bekannt. Er ersucht, von der äußerst billigen Offerte regen Gebrauch zu machen. Nachdem noch Nicolai einen Appell an die Kollegen richtete, dem neugegründeten Buchbinder-Männerchor beizutreten, erfolgte um 11½ Uhr Schluß der leider nur schwach besuchten Versammlung.

Moskau. Die Mitgliederversammlung vom 25. Mai beschäftigte sich mit der Beitragsfrage. Kollege Wiese besprach eingehend die bisherige Diskussion, sowie die gestellten Anträge. Nach Beendigung des Referats verpflichteten sich die anwesenden Kollegen bei eventl. Einführung der Staffelleibträge zur Zahlung des Stichtbeitrages.

Das Leben in der Zahlstelle gestaltet sich zusehends lebhafter. Der Versammlungsbesuch ist gut. In den letzten Wochen konnten wir drei Kollegen aufnehmen. Mögen unsere Kollegen immer lebhafteren Anteil am Ausbau des Verbandes nehmen, damit wir in nicht zu fernem Zeit den Verhältnissen anderer am Orte befindlichen Gewerkschaften gleichstehen.

Rathenow. Zur Tarifbewegung der Etuisarbeiter fand am Montag, den 27. Mai, eine öffentliche Versammlung statt, welche gut besucht war. Weit über 100 Kollegen waren erschienen. Der Vorsitzende zeichnete zunächst in kurzen Worten die Lage und erzielte sodann Kollege Harder-Berlin das Wort zu seinem Referat. Er schilderte den Anwesenden, wie sich in allen Kreisen der Arbeiter das Bedürfnis und Wollen zeige, ihre Lage zu verbessern und wie sich in Kreisen vernünftig denkender Unternehmer die Erkenntnis von dem Nutzen der Tarifverträge Bahn breche. Besonders den anwesenden Nichtverbändlern führte der Referent den Nutzen und das Wirken der Organisation vor Augen, um dann noch an der Hand von Tatsachen die wirtschaftliche Rückständigkeit der Rathenower Etuisarbeiter zu beleuchten. Darauf fand der von der Tarifkommission ausgearbeitete Lohnarif einstimmige Annahme, während an dem Akkordarif noch Änderungen vorgenommen werden mußten. Die Diskussion war getragen von dem Gedanken, für Beseitigung der Schmutzkonzurrenz Sorge zu tragen. In diesem Sinne sprach sich auch einer von den anwesenden Unternehmern aus. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heutige Versammlung beauftragt die Tarifkommission, den Tarif umgehend an die Prinzipale einzurücken und baldmöglichst Unterhandlungen zu beantragen. Die Versammlung verpflichtet sich aber auch dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen dem Verband beitreten, um dem Tarif eine sichere Unterlage zu geben.

Es wurden mehrere Aufnahmen gemacht, so daß die Zahlstelle jetzt 110 Mitglieder zählt.

Der Jahresbericht für 1906 und sein Kritiker Bruders.

Was soll ein Jahresbericht sein? Diese Frage müssen wir einleitend kurz streifen, damit der richtige Standpunkt zur Beurteilung desselben gewonnen werden kann. Der Jahresbericht ist, wie der Titel besagt, vornehmlich der Bericht des Vorstandes über die wichtigsten Ereignisse, welche sich im Laufe des verfloffenen Jahres auf dem gesamten Tätigkeitsgebiet unserer Organisation abgespielt haben. Er würde aber das Papier nicht wert sein, auf dem er gedruckt wird, wenn er sich lediglich auf eine trockene Registrierung der Geschehnisse beschränkte und sie nicht kritisch beleuchten würde. Kritik aber zu üben, ohne gelegentlich die handelnden Personen mit zu treffen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und derjenige Verbandsvorstand hätte seinen Beruf verfehlt, der aus Furcht vor Personen sich scheute, das auszusprechen, was er im Interesse der Organisation, der gewerkschaftlichen Moral und Disziplin für notwendig hält. Mehr als sein Recht, ist es seine Pflicht, frei und offen seine Meinung auszusprechen nach dem Grundsatz: Niemand zu lieb, niemand zu leid. Haben die Mitglieder das ganze Jahr hindurch Gelegenheit, in Versammlungen und im Verbandsorgan an der Tätigkeit des Verbandsvorstandes Kritik zu üben, so muß schon jemand ganz eigenartige Begriffe von der Meinungsfreiheit haben, wenn er dem Verbandsvorstand wenigstens nicht einmal im Jahre, und zwar im Jahresbericht, gestatten will, auch Kritik an diesem oder jenem Mitglied zu üben.

Freitlich braucht nicht jeder dasselbe Urteil zu fällen wie der Verbandsvorstand, da die Anschauungen über ein und dieselbe Sache oftmals weit auseinandergehen und außerdem, wie jedes Menschenwerk, der Jahresbericht nicht frei von Fehlern ist und sein kann, weil den Angestellten im Verbandsbureau die Zeit nur knapp bemessen ist, die Unterlagen zum Jahresbericht mühsam

zusammengetragen werden müssen und dann noch vielfach lückenvoll sind. Man braucht sich daher auch nicht zu wundern, wenn unter den prüfenden Blicken der Tausende von Mitgliedern Fehler im Jahresbericht gefunden und kritisch gemüßigt werden. Ist die Kritik ehrlich und wahr, dann kann sie der Organisation niemals schaden.

Wir wollen prüfen, inwieweit diese Eigenschaften auf den Artikel des Kollegen Brucks: „Zum Jahresbericht pro 1906“ in voriger Nummer der „Buchb.-Ztg.“ zutreffen. Da sind nun gleich die Eingangsworte des Artikels charakteristisch für dessen Verfasser. Sie lauten:

„Knapp vier Wochen vor dem Verbandstag hat der vor langer, langer Zeit bereits angefeindete Bericht des Verbandsvorstandes für das Jahr 1906 doch noch das Licht der Welt erblickt.“

Brucks will doch ohne Zweifel hiermit den Glauben erwecken, daß der Verbandsvorstand den Mitgliedern etwas angefeindet, was er durch eigene Schuld nachher nicht halten konnte. Und dabei weiß Brucks ganz genau, daß die Druckerei des Jahresberichts an dieser Verzögerung allein schuld ist. Denn B. arbeitet seit Anfang d. J. auf unserem Bureau als Hilfsarbeiter; er weiß daher, daß bereits am 15. April Seite 1—85 des Manuskriptes und am 27. April der Schluß desselben, mit Ausnahme des Kassenberichts, der am 30. April nachfolgte, an die Druckerei abging, daß wir die Korrekturblätter schnellstens zurückgeschickt und fortwährend die Druckerei auf schnelle Lieferung gedrängt haben; Brucks muß wissen, daß die Druckerei ihr Versprechen betr. Lieferung und Versand des Jahresberichts nicht eingehalten hat, da wir ihn deswegen selbst in die Druckerei geschickt haben. Für alle diese Behauptungen können wir Beweise, zum größten Teil dokumentarische Beweise, beibringen, und nach all diesem müssen die angeführten Eingangsworte des Bruckschen Artikels als „in hohem Maße unanständig“ bezeichnet werden.

Wie das Eingangstor, so ist das ganze Gebäude des Artikels in schiefer Weise auf Verdrehungen aufgebaut. Daß trifft auch auf die berühmte Maifeier-Resolutionen-Geschichte zu. Die Darstellung im Jahresbericht ist vollständig richtig, und Brucks Behauptung, die „in der Sache tiefsten Gründen befindliche Resolution“ sei verlesen worden, ist un wahr. Uebrigens ist die Darstellung dieser Sache auf direkten Beschluß des Verbandsvorstandes im Jahresbericht enthalten. Ein Jahr lang hat Brucks alle Sticheleien, von „dem Mann, der da kann schreiben links und schreiben rechts“, und über seine „Resolutionen mit doppelter Moral“ ruhig über sich ergehen lassen, jetzt mit einem Male kommt er mit der Behauptung, auch die zweite Resolution sei verlesen worden, annehmend, man würde sich der damaligen Vorgänge nicht mehr so genau erinnern. Der damalige Schriftführer, an den mich Brucks als Zeugen für seine Behauptung verwies, bestreitet die Wichtigkeit derselben ganz entschieden. Auch der Versammlungsbericht besagt lediglich nur, daß Brucks eine weniger scharf gefasste Resolution empfohlen habe, nicht aber, daß sie den Versammlungsbesuchern zur Kenntnis gebracht worden sei, wie der folgende Wortlaut besagt:

„... Brucks berührt es eigentümlich, daß gerade Personen gegen die Resolution sprechen, denen früher die auf dem Aölnner Gewerkschaftskongresse gefasste Resolution nicht weit genug ging. Der Grund, daß man auf die kommende Bewegung hinweise, sei nicht stichhaltig. Lohnbewegung, bald von dieser, bald von jener Branche, gebe es jedes Jahr. Redner tritt warm für die Resolution ein, empfiehlt aber, falls sie abgelehnt wird, eine weniger scharf gefasste. Wohl ist für Arbeitsruhe, wenn sie tariflich festgelegt ist. Bei uns kommt dann noch die schlechte Konjunktur hinzu, was die Prinzipale leicht ausnützen und eine Nachprobe veranstalten könnten. Anders sei es bei den Bauarbeitern und anderen Branchen, die um diese Zeit flott zu tun haben. Das Proletariat könne sich allerdings die Maifeier gar nicht anders denken, als durch Arbeitsruhe. Solange es jedoch die Macht nicht dazu hat, solle es darauf verzichten. In der von den Vertrauensmännern gefassten Resolution erblickt er keine Herausforderung der Prinzipale. Man könne sie ruhig annehmen.“

„Schulze hält die Annahme der Resolution Brucks in der Berliner Versammlung für erklärlich, daß aber die Resolution oder besser die Situation durch die Behandlung der ganzen Angelegenheit seitens der Vertrauenspersonen noch wesentlich verstärkt sei, sei eben unverzeihlich. Es scheine fast, als ob man bestimmten Personen Schwierigkeiten habe bereiten wollen.“

Mit diesem Berichtsauszug ist zugleich ein Wunsch des Kollegen Brucks gestillt, der so gern wünscht, das mitgeteilt zu sehen, was ich gesagt habe, damit meine „Mitschuld“, die ich übrigens niemals bestritten habe, erwiesen werden könne.

Wie aber nachher in den Werkstubeversammlungen, allen voran durch Brucks als Vorsitzender der Agitationskommission, scharf gemacht wurde, ergaben Mitteilungen vom Bureau der Berliner Ortsverwaltung und wurde auch in der Sitzung des Verbandsvorstandes vom 2. Mai bestätigt, worüber es im Protokoll heißt:

„Schulze hält die Annahme der Resolution Brucks in der Berliner Versammlung für erklärlich, daß aber die Resolution oder besser die Situation durch die Behandlung der ganzen Angelegenheit seitens der Vertrauenspersonen noch wesentlich verstärkt sei, sei eben unverzeihlich. Es scheine fast, als ob man bestimmten Personen Schwierigkeiten habe bereiten wollen.“

Als dann am 28. April die Früchte einer solchen Agitation sich in dem Schreiben der Prinzipale offenbarten, da schien B. vor den Folgen seiner Handlungsweise sich zu grauen, denn derb rüffelte ihn wegen seiner völlig ungeschlagenen Haltung eine Kollegin. Die gefasste Stimmung entlad sich nicht einmal in einer „weniger scharf“ gefassten Resolution. Was B. sonst noch über diese Vertrauensmänneritzung am 28. April sagt, ist ein widerliches Gemisch von Dichtung und Wahrheit.

Was Kollege Klar am Abend des 2. Mai in der Ortsverwaltung gesagt hat, geht uns hier zunächst gar nichts an, fest steht, daß er in der Sitzung des Verbandsvorstandes am Mittag des gleichen Tages keinen Widerspruch gegen den Beschluß betr. Streikarbeit erhoben hat.

Welche Leistungen Brucks aber als „weiser Salomo“ auf dem Gebiete „genialer“ Taktik fertig gebracht hat, mögen die staunenden Leser aus einem Briefe des Berliner Bevollmächtigten Klar an den Verbandsvorstand vom 10. Juni erfahren. Allda heißt es:

„Am Montagmittag zwischen 10 und 11 Uhr fand eine Besprechung der Streikleitung statt. Ein Antrag von Brucks: einen ständigen Generalstreik zu inszenieren, wurde abermals mit knapper Majorität abgelehnt. Derselbe soll der Taktik der ständigen Beunruhigung nach östlicherem Tarifverhältnis dienen. Diese Idee wird in den Kreisen der Ausständigen lebhaft propagiert, und Brucks ist mit derselben Nonchalance in die Reihe der Befürworter dieser Idee eingetreten, wie in die der Maifeier. Ich will ihm keinen Vorwurf daraus machen, das Recht, seine Meinung zu ändern, hat ja ein jeder; er muß sich aber, wenn der Konflikt mit den Unternehmern vorüber, auch die Kritik gefallen lassen.“

Eine Sitzung der Werkstubevertrauenspersonen der Buchbinderei ist zum Donnerstag, den 14. d. M., von der Agitationskommission einberufen; dort wird der Generalstreik Verhandlungsgegenstand sein, obwohl die Kommission in ihrer Gesamtheit den Standpunkt Brucks nicht teilt.“

Alles schweige, jeder neige vor dem großen Taktiker Victor Brucks sein Haupt! Wenn aber die Leser nach diesen Proben etwa annehmen, Brucks sei ein x-beliebiges, nicht ernst zu nehmendes Mitglied, so sind sie sehr im Irrtum, sondern er war ein hervorragendes Mitglied der Streikleitung, und seine Kraft wurde so hoch eingeschätzt, daß die Ortsverwaltung für ihn, den arbeitslosen — nicht ausgesperrten — unberheirateten jungen Mann eine wöchentliche Entschädigung von 30 Mk. vom Verbandsvorstand verlangte. Das konnte derselbe aber nicht bewilligen. Wohl gemerkt, diese Politik auf eigene Faust wurde von Brucks zu einer Zeit getrieben, wo der Verbandsvorstand sich alle Mühe gab, eine Ausdehnung der Aussperrung zu verhindern. B. handelte also in offener Auflehnung gegen die Beschlüsse desselben und, wie der Brief Klars ergibt, auch gegen die Ansicht der Berliner Streikleitung. Wer da glaubt, Brucks hätte sein disziplinwidriges Treiben irgendwie eingeschränkt, der irrt sehr, denn auch beim diesjährigen 1. Mai hat er sich alle Mühe gegeben, wieder im bewußten Gegensatz zu den Organisations-

instanzen, eine seiner Resolutionen durchzusetzen, wie nachfolgender Brief eines alten bewährten Kollegen beweist:

Wetter Kollege!

31. 5. 07.

Auf Ihre Anfrage teile Ihnen mit, daß Kollege Brucks seine Maifeier-Resolution in der kombinierten Verwaltungsitzung einbrachte. Der Sinn derselben war, wie im vergangenen so auch in diesem Jahre, dieselbe zu begehren. Kollege Brucks wies in der Begründung darauf hin, daß bei Annahme und Durchführung seiner Resolution die Fabrikanten vielleicht einige Tage aussperrten würden oder aber auch einige Vertrauensleute hinausfliegen würden. Wenn Ihnen an dem Wortlaut der Resolution gelegen ist, so können Sie ja dieselbe von Kollegen Müger oder Klar erfahren.

Besten Gruß

Unterjährlift.

Nach diesen Proben, die wir noch um eine erkleckliche Zahl vermehren könnten, wenn es B. danach gelüsten sollte, daß der Schleier über seine sonstige ruhmvolle Tätigkeit gelüftet wird, mögen die freundlichen Leser nochmals unseren Jahresbericht zur Hand nehmen und dann urteilen, ob wir in unserem Jahresbericht dem Kollegen Brucks, dessen Namen in schonender Weise nicht einmal genannt wurde, irgendwie Unrecht getan haben. Sie mögen aber auch darüber urteilen, ob es nicht unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit war, ein solches frivoles Treiben zu kennzeichnen. Ob danach der Verbandsvorstand Ursache hat, Jahresberichte herauszugeben, die den ungetreuten Beifall des Kollegen Brucks finden, stellen wir gleichfalls dem Urteil der Mitglieder anheim.

Emil Roth.

Avis für die Delegierten zum Verbandstag.

Wie uns der Vorsitzende des Lokalkomitees — Kollege Fritz Strohe, Nürnberg, Schottengasse 5 (Restaurant „Schottenkloster“) — mitteilt, ist das Komitee bemüht gewesen, preiswerte, gute Logis für die Delegierten zu beschaffen und stehen zirka 80 Zimmer zum Preise von 1,25 bis 1,50 Mk. denselben in den beiden Hotels „Weißer Hahn“ und „Weißer Löwe“ zur Verfügung. Frühstück 25 Pf. extra.

Ferner werden am Sonntag, den 23. Juni, von früh 7 Uhr an, und, falls sich Delegierte anmelden, schon am 22. Juni, von nachmittags 5 Uhr an, Kollegen auf dem Hauptbahnhof Nürnberg anwesend sein, um die Delegierten zu empfangen und in ihre Logis zu führen.

Alle sonstigen Wünsche sind an die obige Adresse des Kollegen Fritz Strohe zu richten.

Abrechnungen

vom 1. Quartal 1907 gingen vom 15. Mai bis 4. Juni bei der Verbandskasse ein: Von Eplingen mit 160,00 Mk., Heidelberg 100,21 Mk., Plauen 350,00 Mk., Rösen 56,65 Mk., Rulsta 151,63 Mk., Gau 3 75,00 Mk. und vom Gau 11 mit 52,27 Mk. Noch nicht abgerechnet haben: Brück, Duisburg-Muhrort und Konstanz.

E. Saucisen.

Briefkasten.

G. J. in L. War in vorliegender Form bereits für letzte Nummer vorgesehen, mußte jedoch verschiedener Umstände halber zurückbleiben.

G. S. in N. Ich lehne es ab, eine in solchem Tone gehaltene Zuschrift zu veröffentlichen.

G. D. in K. Ihr Wunsch wird berücksichtigt. Aber warum denn nicht gleich so? Zeitungen sind nochmals abgegangen.

D. R. in N. Zur Aufnahme nicht geeignet.

M. W. in L. Sie bestätigen in Ihren Ausführungen nur das, was behauptet wurde, daher abgelehnt. Warum handeln Sie nicht gleich so, wie im Begleitschreiben angegeben? Uebrigens, nur eine Seite des Papiers ist zu beschreiben!!

M. S. in S. Lassen wir es doch damit genug sein. Fr. W. in N. Kann mit dem besten Willen nicht eher geschehen.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bloch (Administration: Berlin W. Potsdamerstraße 121h), haben jeben das Juniheft ihres 13. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Ernst Deinhardt: Die Taktik der modernen Unternehmervorgänge und die Gewerkschaften. — Max Schippel: Die britische Kolonialkonferenz. — Eduard Bernstein: Patriotismus, Militarismus und Sozialdemokratie. —

Willems Hubert Biegen: Die Entscheidung in Saarlem und ihre Bedeutung. — Edmund Fischer: Sozialdemokratische Mittelstandspolitik. — Otto Hue: Die Arbeiterauschüsse in der Pragis. — Simon Ragenstein: Die sozialen Beziehungen des Alkoholismus. — Fausto Bagliari: Die wirtschaftlichen Klassenorganisationen des italienischen Proletariats. — Wirtschaft von Richard Calver. — Politik von Max Schippel. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von

Gertrud David. — Sozialpädagogische Bewegung von Dr. Franz Lindheimer. — Philosophie von Professor Franz Staudinger. — Dichtkunst von Max Hochdorf. — Buchbesprechungen von St. Müller-Kaboth. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk. Zu beziehen durch jede Postanstalt, ferner durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Potsdamerstr. 121h, Berlin W. 35. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

ANZEIGEN

BERLIN!

Sonnabend, den 15. Juni 1907

Dampfer-Partie mit Musik

nach dem an Oberspree und Wald gelegenen Etablissement „Grand Restaurant Sadowa“

Inh.: Hans Pflug

Garten-Konzert in holden Sälen Grosser Sommernachts-Ball

Um 12 Uhr:

Fackel-Polonaise

Von 3 Uhr morgens ab:

Gemütliches Kaffeekochen

Abfahrt des ersten Dampfers abends 8 Uhr, der anderen vier Dampfer um 9 Uhr von der Dampferstation R. Tismer, Schillingsbrücke. Rückfahrt morgens 5 Uhr.

Billets à 75 Pf. für Hin- und Rückfahrt einschl. des Sommernachtsballes sind in den Zahlstellen, bei den Werkstuben-Vertrauenspersonen, sowie in unserem Bureau zu haben.

Die zum Vertrieb entnommenen Billets sind spätestens Mittwoch, den 12. Juni, abzurechnen, andernfalls gelten dieselben als verkauft.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

12,—]

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Nürnberg.
(Unlieb verspätet!)

Am 10. Mai verstarb im hiesigen Krankenhause nach 16 wöchigem Krankenlager der Kollege, Herr

Berthold Kruse

zugereift aus Fallenstein an der Proletarierkrankheit im Alter von 20 Jahren. [278

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Augsburg.

Am 23. Mai d. J. verstarb nach längerem Leiden im Alter von 29 Jahren unser Mitglied

Hugo Höp.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zur Verlobung unseres Kollegen **Simon Frenkel** mit Fräulein **Rosa Wronstein** die besten Glückwünsche. [275] 11,40

Die org. Kollegen der Fa. Gebr. Gotthelft, Kraushaar, Röhrfeld, F. Schmidt, Münzel, Wiegand.

Der neue Lohn tarif für Buchbinder-Arbeiten,

ausgearbeitet und herausgegeben von der gemeinsamen Tarif-Kommission des Verbandes Deutscher Buchbindermeister und des Deutschen Buchbinder-Verbandes ist erschienen. Zu beziehen durch die Expedition der Buchbinder-Zeitung. Preis pro Exemplar für Mitglieder 0,85 Mk. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 1,— Mk.

Der Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten,

mit Genehmigung des Verbandes Deutscher Buchbindermeister, herausgegeben von der Tarifkommission der Gehilfen, ist ebenfalls durch die Expedition der Buchbinder-Zeitung zu beziehen. Preis p. Expl. 25 Pf. inkl. Porto, für Nichtmitgl. 50 Pf.

Gesucht flotter, gut eingearbeiteter **Stuistischer** und ein **Stuisarbeiter** auf Bestelldienst. [270] 1,20

Carl Ludwig, Hamburg.

Junger, tüchtiger [277] 1,20

Ledertechniker

für Paris gesucht. — Näheres durch **H. Glauser, Leipzig-R., Osvaldstr. 1a.**

Aufforderung!

Der Schreiber des an den Vorsitzenden der Zahlstelle Berlin gerichteten, mit dem Buchstaben L. unterzeichneten Schreibens vom 28. Mai 1907 wird gebeten, wegen Verfolg der von dem Briefschreiber angeregten Angelegenheit mit dem Vorsitzenden, dem Kollegen Klar, Rücksprache zu nehmen. [281

Die Ortsverwaltung.

Winkel, Lineale, Schienen, Zirkel, Messer, Scheren etc. empfiehlt **J. Klement, Leipzig.** [1,50

Kostenfreier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

O. Th. Winckler Leipzig

Seeburgstrasse 47

Papier- und Lederwaren Buchbindereibedarf

Einrichtungen für Laden und Werkstatt zu günstigen Bedingungen

Hamburg-Altona.

Am 18. Juni 1907:

Gemeinsame Mitglieder-Versammlung

im oberen großen Saale des Gewerkschaftshauses, Defenbinderhof.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Gantag. [282
2. Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandstage.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwarren

Die Vorstände.

Am 14. Juli, morgens 7³⁰ Uhr:

Dampfertour nach Lauenburg.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung!

Wir machen hierdurch bekannt, daß die von der General-Versammlung am 15. November v. J. beschlossene Statutenänderung vom Bezirksauschuß genehmigt ist und am Montag, den 10. Juni d. J. in Kraft tritt.

Die Statutenänderung bestimmt, daß das Sterbegeld in der IV. und V. Klasse, sowie bei Mindestleistung nicht unter 50 Mark beträgt.

Der Vorstand

Bernh. Jost, Vorsitzender.

Georg Bähler, Schriftführer.

NB.: Druckexemplare obiger Statutenänderung sind im Kassensbureau, Engelshfer 15 II, zu haben. [276

Unsern Kollegen [1,20

Hermann Fritsch

zu seiner Abreise nach Halberstadt ein herzliches Lebewohl!

[280] Zahlstelle Potsdam-Nowawes.

Unsern lieben Kollegen **Wrich Müller** zu seiner Abreise

ein herzliches Lebewohl!

Die Kollegen der Zahlstelle Augsburg.